

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24 1/2 Sgr.

Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate
1 1/2 Sgr. für die fünfgespal-
tene Zeile der deren Raum,
Reklamen verhältnismäßig
höher, sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amtliches.

Berlin, 12. März. Se. Majestät der König haben Allergnädigst ge-
ruht: Den Kreisgerichtsrath Freiherrn v. Lückow in Götting zum Appella-
tionsgerichtsrath in Glogau, so wie den Kreisgerichtsrath Bangen in Hattin-
gen zum Direktor des Kreisgerichts in Lüdinghausen, und die Kreisrichter
Frommhold in Schweidnitz und Kern zu Reichenbach in Schlesien, die
Stadtrichter Scholz und Stenzel in Breslau, den Kreisrichter Gade in
Rauzig und den Stadtrichter Sarnikow in Breslau zu Räten bei dem Stadt-
gericht in Breslau zu ernennen.

Telegramme der Posener Zeitung.

Dresden, 11. März Nachmittags. Das „Dresdner Jour-
nal“ meldet: Die Leiche der Herzogin Sophie von Bayern wird im
Schlosse Banz beigelegt werden. Der Kronprinz von Sachsen wird
der Beisetzungs anwohnen. Der sächsische Hof legt für acht Wochen
Trauer an. Das Hoftheater wird Donnerstag wieder geöffnet.

Florenz, 11. März. Definitiv bekannte Wahlen: 66 Re-
gierungsanhänger, 22 Oppositionelle. In nicht weniger als 156
Bezirken muß engere Wahl stattfinden, der Sieg von 108 Anhän-
gern der Regierung bei diesen engeren Wahlen erscheint gesichert.

Florenz, 11. März Morgens. Devincenzi (Minister der
öffentlichen Arbeiten), Nicotera, Viale, Villa, Bertani sind in den
Provinzen gewählt. Außer in Neapel und Canto kommt Garibaldi
auch in Mailand auf die engere Wahl.

Bukarest, 11. März. Das neue Ministerium ist nunmehr
gebildet, wenngleich die amtliche Veröffentlichung noch nicht erfolgt
ist. Stephan Golesco wird das Präsidium und das Ministerium
des Auswärtigen übernehmen, Johann Bratiano das Ministerium
des Innern, Georg Ghita das der öffentlichen Arbeiten, Böresco das
Justizministerium, Strega (Finanzminister unter der Regierung
des Fürsten Kuza) die Finanzen, Ghermel das Kriegsministerium.
Das Kultusministerium soll Demeter Rosetti (Bruder der Fürstin
Helene Kuza) übernehmen, doch ist die Annahme dieses Letzteren
noch ungewiß.

London, 12. März. Die Prinzessin von Wales ist bedeut-
lich erkrankt.

Irland ist ruhig. Die Regierung proklamiert vorerst nicht das
Kriegsrecht, ernannt aber Spezialkommissionen zur Aburtheilung der
Rebellen.

Deutschland.

Preußen. △ Berlin, 11. März. In einer Korrespon-
denz der „Elberf. Ztg.“ findet man die Ansicht ausgesprochen, daß
es den beiden neuen Regierungsbezirken Kassel und Wiesba-
den, da noch keine Provinz Hessen gebildet sei, an der notwen-
digen höheren Instanz fehle, welche in den alten Provinzen durch das
Ober-Präsidium vertreten sei. Dabei wird aber übersehen, daß wie
derzeit gemeldet worden, dem Präsidenten von Kassel Herrn von
Möller, vorläufig die Befugnisse eines Oberpräsidenten zuertheilt
sind, so daß also dadurch auch die nöthige Provinzial-Instanz gege-
ben ist. Die Konstituierung der Provinz Hessen wird wohl gleich-
zeitig mit der Organisation der Verwaltung Hannovers erfolgen;
verzögert ist sie bekanntlich deshalb worden, weil auf eine bessere
Arrondierung der neuen Provinzen Bedacht genommen wird, als sie
durch die frühere Staatsangehörigkeit geboten war. — Die der
„Weiser-Zeitung“ aus Stade zugegangene Nachricht, daß die Be-
stimmungen über die Verwendung der aus der vormaligen hannö-
verischen Armee in die preussische übergetretenen Offiziere
bis zum 9. d. bekannt werden würden, hat sich nicht bestätigt. Es
ist aber auch, wie ich höre, noch keine Entscheidung darüber ge-
troffen worden, doch dürfte diese nicht mehr lange auf sich warten
lassen.

Die Aussichten auf eine Ausgleichung mit dem König Georg
sind vorläufig noch immer sehr gering, da die welfische Königsfamilie
sich jeder Einsicht verschließt und immer noch nicht den Thatsachen
Rechnung zu tragen sich bequemt. Vielleicht wird die verständige
Haltung der hannoverschen Reichstagsmitglieder den König und die
noch an ihm hangende Partei zur Besinnung bringen; namentlich
dürfte die Rede Miquels in der vorigen Sitzung ihre Wirkung nicht
verfehlen. Preußen kann übrigens natürlich warten und hat keinen
Grund den Demonstrationen von welfischer Seite gegenüber un-
nöthige Koncessionen zu machen. Ganz müßig ist daher auch die
Erfindung eines hiesigen Blattes, daß die Stellung des Freiherrn
von Werther in Wien wegen der Anwesenheit König Georgs eine
schwierige sei, zumal da sich nicht annehmen läßt, daß Herr von
Werther bei der Verfolgung seiner Realpolitik sich von den Illusionen
der Welfen werde beeinflussen lassen. — Ueber die Beerdigung des
Direktors Cornelius werden Sie wohl schon nach hiesigen Blät-
tern berichtet haben. Soviel ich bemerkt habe, fehlt aber in den
Mittheilungen derselben über die Vertretung der auswärtigen
Kunstakademien der Name Hänel, der die Dresdner Akademie
vertrat. — Schon neulich erwähnte ich, daß das landwirth-
schaftliche Ministerium beabsichtige, Berichterstatter zur Pari-
ser Ausstellung zu senden. Wahrscheinlich wird die Anordnung ge-
troffen werden, daß in der letzten Hälfte des Monats April sämt-
liche Berichterstatter in Paris anwesend sind und für die übrige
Zeit sich immer einzelne dort aufhalten. Die Zahl derselben wird
9 bis 12 betragen, und zwar je 3 oder 4 für jede der Hauptgrup-
pirungen der für die Landwirthschaft wichtigen Gegenstände, das
Pflanzenreich, das Thierreich und das Rüstwerk des Landwirths, be-
sonders Maschinen und Geräthe.

— Der königliche Hof legt heute für Ihre k. Hoheit die Prin-
zessin Sophie, Herzogin in Bayern, geborene Prinzessin von
Sachsen, die Trauer auf 14 Tage an.

Man spricht von einem Heirathsprojekte zwischen
dem Fürsten Karl von Rumänien und der Prinzessin Margarethe
von Savoyen, Tochter der Herzogin von Genoa und Enkelin des
Königs Johann von Sachsen. Einige Höfe sollen sich dafür in-
teressiren, aber die Nachricht ist noch nicht verbürgt.

Wie die „B. V. Z.“ erfährt wird der preussische Militä-
bevollmächtigte in Paris, Freiherr von Loë, abberufen und durch
den Major im Generalstabe des II. Armeekorps von der Burg
ersetzt werden. Der Letztere hat bekanntlich bei der französischen
Armee den Feldzug in Mexiko mitgemacht und sich bei der Erstür-
mung Puebla's hervorgethan; er ist Ritter der Ehrenlegion und des
mexikanischen Guadalupe-Ordens. Im Frühjahr vorigen Jahres
hatte der Major von der Burg die wichtige und vielbesprochene
außerordentliche Mission nach Florenz, und in dem Feldzuge in
Böhmen hat er sich, vorzugsweise bei der Affaire von Trautenu, hohe
Verdienste erworben, für welche er u. A. mit dem Orden pour
le mérite decorirt worden ist.

Zur Herbeiführung eines gleichmäßigen Verfahrens hat
das Staatsministerium auf Veranlassung der Ober-Rechnungskam-
mer sich dahin entschieden, daß den nicht etatsmäßig angestellten
Beamten bei Verletzungen, für welche der eigene Wunsch
des Beamten nicht das alleinige Motiv gewesen ist, die persönlichen
Reisekosten auch dann zu bewilligen sind, wenn ein solcher Beamte
in eine mit dauernder Bewilligung fixirter Diäten oder etatsmäßig-
em Gehalte verbundene Stelle zuerst eintritt, oder von einer diä-
tarischen Stelle in eine etatsmäßige übergeht.

Der Finanzminister hat angeordnet, daß die von 1750 bis
einschließlich 1816 auf freien Stempeln ausgeprägten Thaler-
stücke, sobald sie den Staatskassen zufließen, von diesen eingezo-
gen und an die General-Staatskasse, wie an die hiesige Münze ein-
gesandt werden sollen, so daß sie dann nicht mehr in Umlauf kom-
men können.

Ueber die Zollverhandlungen mit Desterreich wird
der „Karlsr. Ztg.“ aus Wien geschrieben: Preußen hat jetzt, nach
Anleitung des betreffenden Sach-Protokolls, die offizielle Mitthei-
lung hierher gemacht, daß die Zollverträge, welche dem Abschluß ei-
nes revidirten Zollvertrags entgegenstehen, noch nicht gehoben
seien. Desterreich hat, unter gleichzeitiger Betonung der unerläßlichen
Nothigung, in jedem Fall endlich Klarheit in die Lage zu bringen,
diese Mittheilung dahin erwidert, daß die österreichischen Bevollmäch-
tigten noch vor Oftern aus Florenz zurückgekehrt und dann „jeder-
zeit zur Wiederaufnahme der Verhandlungen bereit sein würden,
deren Erfolg durch Schwierigkeiten von österreichischer Seite nicht
bedroht sei.“

Die „Karlsr. Z.“ veröffentlicht jetzt das amtlich festgestellte
Resultat der Stuttgarter Militärkonferenzen, dessen Grundzüge
zwar bereits bekannt sind, dessen genaue protokollarische Darstel-
lung aber bisher zurückgehalten worden war. Das „Protokoll der
Stuttgarter Militärkonferenz“ lautet also:

Stuttgart, gehalten den 5. Februar 1867. Die nachge-
nannten Vertreter der Regierungen von Baden, Württemberg,
Bayern und Hessen, nämlich für Baden: der Präsident des groß-
herzogl. Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten v. Freydrf,
der Präsident des großherzogl. Kriegsministeriums Generalleutnant
Ludwig; für Württemberg: der königl. Minister der auswärti-
gen Angelegenheiten Freiherr v. Barnbüler, der königl. Kriegsminister
Generalleutnant v. Hardeg; für Bayern: der königl. Staats-
minister des Aeußern, Fürst von Hohenlohe-Schillingsfürst, Durch-
laucht, der königl. Kriegsminister Generalmajor Frhr. v. Prandh;
für Hessen: der großherzogl. Minister des Aeußern Frhr. v. Dal-
wig, der Direktor des großherzogl. Kriegsministeriums Generalma-
jor v. Grolmann, haben sich über folgende Punkte geeinigt:

I. Die Versammelten erkennen es als ein nationales Bedürf-
niß, die Wehrkräfte ihrer Länder so zu organisiren, daß sie zu Ach-
tung gebietender gemeinsamer Aktion befähigt werden.

II. Sie einigen sich deshalb, vorbehaltlich verfassungsmäßiger
Mitwirkung ihrer Stände, zu möglicher Erhöhung ihrer Militär-
kräfte unter einer, den Prinzipien der preussischen nachgebildeten
Wehrverfassung, welche sie zur Wahrung der nationalen Integrität
in Gemeinschaft mit dem übrigen Deutschland geeignet hält.

III. Als die Principien dieser Wehrverfassung, welche den vier
Staaten gemeinschaftlich sein sollen, werden bezeichnet: 1) Das
Princip der allgemeinen Wehrpflicht, nach welchem die ganze dienst-
taugliche Mannschaft, unter Aufhebung der Stellvertretung, zum
Dienst berufen ist, wird zu Grunde gelegt. 2) Die Dienstpflicht
beginnt, vorbehaltlich früheren freiwilligen Zuganges, mit dem voll-
endeten 20. in keinem Falle aber später als mit dem vollendeten 21.
Lebensjahre. 3) Nach Umlauf der dreijährigen Präsenzpflicht tritt
die Mannschaft in die Kriegesreserve ihrer Abtheilung unter Verwen-
dung in der Linie im Kriege. 4) Dem Princip der preussischen
Wehrverfassung entspricht ein Formationsstand, welcher im stehen-
den Heere (Linie und Kriegesreserve) etwa 2 pCt. der Bevölkerung
beträgt, wovon durchschnittlich die Hälfte mit etwa 1 pCt. den wirk-
lichen Präsenzstand bildet. Diese Procentätze werden von den vier
Regierungen nach Kräften angestrebt; keinesfalls aber soll in ein
Herabgehen unter ein Minimum von 1 1/2 pCt. für den Formations-
stand des stehenden Heeres und von 3/4 pCt. für die wirkliche Prä-
senz eingegangen werden. 5) Nach Umlauf der Dienstpflicht im
stehenden Heere erfolgt der Eintritt in die nach Verwaltungs- (Land-
wehr-) Bezirken zu bildenden Reservebataillone (Landwehr ersten
Aufgebots) mit kurzen Uebungen im Frieden und mit Verwendung
gleich der Linie im Kriege. 6) Die Dienstpflicht im stehenden Heere

und in den Reservebataillonen (Landwehr ersten Aufgebots) endet
spätestens mit vollendetem 32. Lebensjahre. 7) Die Bestimmun-
gen über weitere Dienstpflicht in der Landwehr 2. Aufgebots und
über Landsturm werden nicht in den Bereich der Konferenzberatung
gezogen. 8) Während der dreijährigen Präsenzpflicht ist Verbeira-
thung und Auswanderung unstatthaft. 9) Für Erhaltung tüchtiger
Unteroffiziere wird gesetzliche Obforge getroffen werden.

IV. Die Versammelten bekennen sich bezüglich der Organisa-
tion ihrer Armeen zu dem Princip, daß die Armeen so gleichartig
eingetheilt und ausgerüstet werden, als zu deren gemeinschaftlicher
Aktion unter sich und mit dem übrigen Deutschland notwendig ist.

V. Um die einzelnen Kontingente zu dieser gemeinsamen Aktion
zu befähigen, einigen sich die Versammelten über folgende Grund-
lagen: 1) Gleiche taktische Einheiten. In dieser Beziehung
wird die Formation der Infanterie in Bataillone zu 1000 Mann,
eingetheilt in vier Kompagnien, die der Kavallerie in Regimentern
zu fünf Schwadronen, diejenige der Artillerie in Batterien zu je 6
Geschützen als vollkommen zweckmäßig anerkannt, und soll diese
Formation in den vier Staaten durchgeführt werden. Die Forma-
tion der höheren taktischen Einheiten, wie Brigaden, Divisionen u.
ist zu sehr von dem Gesamtstande der einzelnen Kontingente ab-
hängig, als daß hierfür gemeinsam gültige Bestimmungen festgesetzt
werden könnten; doch soll auch in dieser Beziehung die Formation
von Armeekorps von 30,000 bis 45,000 Mann geschehen und hier-
bei auf ein Bataillon Infanterie, wenn nur immer thunlich, eine
Schwadron Kavallerie, und auf je 1000 Mann Infanterie und
Kavallerie drei Geschütze gerechnet werden. — 2) Möglichste Ueber-
einstimmung der Reglements. Sind die taktischen Einheiten
gleichmäßig gebildet, so können bei den Exerciervorschriften im All-
gemeinen keine so wesentlichen Verschiedenheiten bestehen, daß hier-
durch eine gemeinsame Aktion erschwert wird. Als unabwiesbares
Bedürfniß in dieser Richtung wird dagegen anerkannt: a) Gleichheit
der Signale, und b) der formellen Bestimmungen des Felddienstes.

— 3) Möglichste Uebereinstimmung der Feuerwaffen und
Munition. Für die Infanterie-Feuerwaffe werden zur Zeit noch
allenthalben Verbesserungen angestrebt und kann daher diese Frage
noch nicht für so gereift erachtet werden, daß eine Uebereinstimmung
hierüber schon jetzt erzielt werden könnte. In Betreff der Feld-
geschütze besteht bereits Uebereinstimmung der vier Staaten unter
sich, so wie mit den übrigen deutschen Staaten, und es wird solche
hiermit festgehalten. — 4) Gemeinschaftliche größere Uebungen.
Die Zweckmäßigkeit und Nothwendigkeit der Uebungen wird aner-
kannt, doch soll es den jeweiligen Vereinbarungen der einzelnen
Staaten überlassen bleiben, in dieser Beziehung das Nöthige fest-
zusetzen. — 5) Gleichmäßige Ausbildung der Offiziere.
Wenn schon das Maß jener Kenntnisse, welche allein zum Eintritt
in den Offiziersstand befähigen, im Allgemeinen das gleiche sein
soll, so schließt dies doch nicht aus, den Eigenthümlichkeiten der ver-
schiedenen Landesschulen und Bildungsanstalten die nöthige Rech-
nung zu tragen. Den Vereinbarungen der einzelnen Regierungen
wäre es daher vorzubehalten, für gemeinsame höhere Ausbildung
ihrer Offiziere in Kriegsakademien, Generalstabs-, Artillerie- und
Genieschulen, Equitationen, Schießkurien u. Vorzüge zu treffen. —
6) Auf diesen Grundlagen soll spätestens bis 1. Oktober 1867 eine
Militärkonferenz von Bevollmächtigten der vier Staaten in Mün-
chen zusammentreten.

VI. Bezüglich der Festungen Ulm und Rastatt wird ein Ent-
schluß bis nach Beendigung der möglichst zu beschleunigenden Evi-
dations-Verhandlungen aufgeschoben.

Die Erklärungen über die Ratifikation der gegenwärtigen Ver-
einbarung werden längstens binnen vier Wochen gegenseitig mitge-
theilt werden.

v. Freydrf. Ludwig. Barnbüler. Hardeg. Fürst v.
Hohenlohe. Gen. Prandh. v. Dalwigk. v. Grolmann.

— In Bezug auf die nunmehr erfolgte Konstituierung der
national-liberalen Partei des Reichstages wird Folgendes
mitgetheilt: Diese Partei besteht zur Zeit aus folgenden 68 Mit-
gliedern: Ahmann, Baumbach, v. Bennigsen, Bode, Braun (Hers-
feld), Dr. Braun (Wiesbaden), Buderus, de Chapeaurouge, Dan-
nenberg, Delius, Graf zu Dohna-Roggenau, Dr. Ellien, Forde-
l, Dr. Freytag, Fries, Götz, Grumbrecht, Dr. Harnier, Graf Hendel
v. Donnermar, v. Hennig, Hergenbahn, Hering, Hinrichs, Hoff-
mann, Holzmann, Hofius, Dr. Jäger, Jüngken, Jungermann,
Krausig, Dr. König, Köppe, Kasker, v. Leipziger, Dr. Lette,
Meier (Bremen), Michaelis, Miquel, Müller, Dr. Dettler, Pogge,
Dr. Prosch, v. Puttkammer (Fraustadt), v. Puttkammer (Soran),
Reichenheim, Römer, Dr. Röppel, Dr. Rückert, Salzmann, Schmidt,
Frhr. v. Schwarzkoppen, Severin, Slomann, v. Spanken, v. Sy-
bel, v. Thünen, Twetten, v. Unruh, Baron v. Vaerst, Wadenhufen,
Wagler, Wagner (Altenburg), Weber, Weißlich, Wiegand, Dr. Wi-
gers (Moskau), Wisselind, Wölsel. Die Geschäftsordnung bestimmt
einen von 4 zu 4 Wochen zu wählenden Vorstand und die Partei
sieht zur Zeit von der schriftlichen Formulierung eines Programms
und der Feststellung bindender Parteibeschlüsse ab, behält sich aber
darauf abzielende Beschlüsse für die Zukunft vor. Einen Antrag
im Plenum des Reichstages soll kein Mitglied einbringen, bevor es
nicht der Partei Kenntniß von demselben gegeben hat. Dasselbe
soll von Abänderungsvorschlägen gelten, insofern die Mittheilung
nicht durch die gegebenen Umstände unmöglich gemacht wird.

— Wie die „Flensb. Nordd. Ztg.“ hört, beabsichtigt die Re-
gierung sehr zweckmäßige Minderungen in Betreff der Staatswal-
dungen in Angriff zu nehmen. Es ist im Werke, in Gegenden, wo
die Staatsforsten verhältnismäßig von geringem Umfang sind und

eine weite Umgegend haben, dieselben passend zu erweitern, und mit ihren Produkten dem vorhandenen Bedürfnis zu genügen.

— Aus Apenrade wird berichtet: Wegen Eidesverweigerung sind von ihren Aemtern verabschiedet worden: Kirchspielvogt Reuter in Voit, Kirchspielvogt Jürgensen in Fogsbrüll, Kirchspielvogt Hansen in Borup, Vogt Grau auf Barsø, die Sandmänner Versen in Jelsbødt, Festeren auf Jeldstedmark, Alsing in Sverrup, Rossen in Stubbeck, Boyesen in Rybøl bei Tølstedt und noch mehrere Andere.

— Der Landesbevollmächtigte Witt in Büsum (früher Ständebeschneider) hat den Eid verweigert, indem er sich nicht dazu verpflichtet erklärt.

— In Friedrichstadt hat der Prediger der reformirten Gemeinde, Mensinga, den Eid verweigert, weil er nicht preussischer Unterthan, sondern nur aus Holland hierhergekauft sei.

— Aus Schleswig-Holstein wird gemeldet: „Der Oberpräsident v. Scheel-Plessen hat das in Kolding erscheinende dänische Journal „Koldingpost“ verboten.“

— Demselben Blatte schreibt dessen Berliner Korrespondent: Das Projekt einer Eisenbahn von Lübeck über Kiel nach Glesburg tritt seiner Verwirklichung näher, und ist bereits von einer Seite um die Konzessionierung nachgefragt, welche die erforderlichen Kapitalien nachzuweisen im Stande sein dürfte. Die gedachte Eisenbahn würde als eine Fortsetzung des theils projektirten, theils bereits ausgeführten Schienenweges sein, der die Ostsee entlang auf deutschem Territorium sich von Königsberg bis Lübeck zieht. Von hier über Kiel und Glesburg würde dieser Weg seine Ergänzung und Fortsetzung finden. Das Bedürfnis der gedachten Bahn Lübeck-Kiel-Glesburg bedarf keines besonderen Nachweises.

— Am 12. d. M. wird, wie die „N. F. P.“ meldet, im Münchener Bahnhofgebäude eine Konferenz der gesamten süd-deutschen Eisenbahn-Verwaltungen stattfinden. Zweck dieser Konferenz ist die Verabredung der Einrichtung direkter Personenzüge während der Pariser Ausstellung von Wien aus nach Paris; eine Ermäßigung der Fahrpreise soll dadurch herbeigeführt werden, daß auf jeder Hauptstation Retourbillets zur freien Rückfahrt innerhalb eines bestimmten Zeitraums ausgegeben werden. Merkwürdigerweise ist noch unbestimmt, ob die französische Ostbahnverwaltung an dieser Konferenz theilnehmen wird.

— Die „B. H. Z.“ erfährt, daß aus London an hiesige Bankhäuser Stücke von den gestohlenen und amortisirten polnischen Pfandbriefen — meist über 3000 S. R. lautend — mit der Maßgabe gefandt wurden, den Betrag dafür in österreichischen Banknoten zu emittiren.

— Die Kunst der dramatischen Darstellung hat einen berühmten Meister zu betrauern: Der kgl. Hofschauspieler a. D. Moritz Rott ist heute (Montag) früh nach längerem Leiden im 71. Lebensjahre gestorben. Der Künstler, einer der begabtesten seines Faches und dabei von eisernem Fleiße in der Fortbildung seines großartigen Talentes, hat eine lange Reihe von Jahren nicht nur im klassischen Drama, sondern auch im bürgerlichen Schauspielen und Lustspielen so vielgestaltig und eindrucksvoll gewirkt, daß ihm ein rühmliches Gedächtniß in der Geschichte der deutschen Bühne gesichert ist.

Stettin, 11. März. Se. königliche Hoheit der Kronprinz traf gestern Vormittag mit dem Kurierzuge hier ein und begab sich sofort zur Garnisonkirche, wo die mit den neuen Bändern geschmückten Fahnen eingeweiht wurden. Nachmittags 3 Uhr gab Se. königl. Hoheit im Gouvernementsgebäude den Spigen der Militär- und Civilbehörden ein Diner, welchem Abends im Dekonomie-Gebäude der Artillerie-Kaserne ein einfaches Souper für das Offiziercorps der hiesigen Garnison folgte. Gegen 8 Uhr erschien der Kronprinz im Theater, wo er vom Publikum mit lebhaftem Hoch-Rufen empfangen wurde. Nachdem er den 2. Akt von „Dr. Faust“ in der Hölle“ angesehen, entfernte er sich wieder. Heute Vormittag fand eine Inspektion verschiedener Truppentheile statt, und um 1/2 1 Uhr ist Se. königl. Hoheit nach Berlin zurückgekehrt.

Sachsen. Dresden, 7. März. Ueber die sächsische Judenfrage schreibt man der „Volkszeitung“: Bezüglich der Liebermann'schen Petition an den König, die Niederlassung der Juden in Sachsen betreffend, kann ich Ihnen aus guter Quelle mittheilen, daß der König die Chefs des Berliner jüdischen Handelshauses S. M. Friedheim im Sohne heute per Telegraph eingeladen hat, an einer Ministerkonferenz über diese Frage Theil zu nehmen. Dies Haus hat nämlich zwei bedeutende industrielle Zweiggeschäfte in Sachsen; auch stehen die Herren Friedheim beim Könige wegen ihrer Verdienste um Hebung der sächsischen Industrie in hohem Ansehen. Ich zweifle nicht, daß es dem Einflusse dieser Herren und ihrer kaufmännisch-praktischen Auseinandersetzung des Punktes gelingen wird, unsern König und seine Minister zu überzeugen, daß die sächsische Gesetzgebung in dem beregten Punkte geändert werden müsse.

Deutschland.

Wien, 10. März. In Ofen werden förmlich schon die Vorbereitungen zur Krönung des „Apostolischen Königs“ getroffen, dennoch müssen Publicisten, die Land und Leute drüben so genau kennen, wie Schreiber dieser Zeilen, zu den officiösen Schönfärbereien, welche jetzt in Betreff der ungarischen Zustände an der Tagesordnung sind, bedenklich den Kopf schütteln. Kein Zweifel, der Kaiser wird einen enthusiastischen Empfang finden, wenn er übermorgen wieder auf einen kurzen Besuch nach Buda-Pest geht, um sich dort den Dank für die Bewilligung des ungarischen Ministeriums einzuholen. Trifft er doch daselbst in Begleitung des Grafen Andrassy ein, der seit gestern hier weilt, um den Konflikt wegen der famosen Militärverlässe beizulegen, und ist es diesem doch sofort gelungen, seinen Landesleuten eine glänzende Genugthuung zu verschaffen. Oder wie kann man es anders bezeichnen, wenn ein General der Kavallerie wie Fürst Liechtenstein zwei Reskripte ausgiebt, von denen er ausdrücklich bemerkt, daß sie nichts sind, als die Reproduktion der Instruktionen, welche der Armee-Oberkommandant und der Kriegsminister, Erzherzog Albrecht und General v. Juhn, ihm erteilt haben... und wenn dann ein halbamtliches Blatt in einem Regierungs-Kommuniké zu diesen Erlassen entschuldigend bemerkt, es habe nicht in der Absicht der höchsten Militärbehörden gelegen, Mißtrauen zwischen sich und den ungarischen Ministern zu säen! Wenn das nicht „Revociren“ in bester Form ist, so muß man in diesen Regionen einen ganz andern Comment haben!

Dem scheint indessen nicht so; denn das Gerücht, daß Fürst

Liechtenstein in Folge dieses Desaveu seine Demission eingereicht habe und den ehemaligen Minister des Auswärtigen, Gr. Mensdorff, zum Nachfolger als Kommandirenden von Ungarn erhalten werde, wird in gut unterrichteten militär. Kreisen als zuverlässig bezeichnet. Eben deshalb aber ist auch die Frage erlaubt, ob die enthusiastische Aufnahme, welche diese Schritte des Baron Veust und Grafen Andrassy dem Kaiser allerdings bei seinem demnächstigen Pester Ausfluge gesichert haben, nicht zu einem gar hohen Preise erkauft worden ist. Ich meinerseits zweifle sehr, ob gerade in diesem Falle das Spiel der Kerze werth war. Denn das sieht ein Blinder ein, daß es von entscheidender Wichtigkeit ist, im gegenwärtigen Moment bei den Ungarn nicht das Gefühl zu erwecken, als sei durch ungestümes Drängen hier Alles zu erreichen, als sei das Maß der Pester Begehrlichkeit zugleich der unwandelbare Regulator für die Wiener Nachgiebigkeit — in militärischen Kreisen aber nicht wieder durch Präcedenten, welche das Offiziercorps unsicher und politisch rathlos machen, dem Verderben Thür und Thor zu öffnen, wie 1848. Als Franz Joseph I. im Jahre 1852 zum ersten Mal nach Pest kam und der Gemeinderath ihn seiner Treue versicherte, unterbrach er den Redner — ganz wie Nikolaus fünfzehn Jahre vorher die Repräsentanten Warschau's, mit den eifigen Worten: „Lassen wir das! Für Ihre Treue bürgen wir dies hier (an den Säbel schlagend) und die da (auf seine militärische Suite zeigend).“ Wie nun soll oder kann ein solcher Wechsel, noch dazu bei einem so heißblütigen, ewig von einem Extreme ins andere umschlagenden Volke, wie die Magyaren es sind, gut thun? Wie läßt es sich rechtfertigen, daß man ihnen gerade heute die Zügel in militärischen Dingen hinwirft, wo sich einerseits das Sturmlaufen gegen die kaiserlichen Adler wieder ganz in denselben Dimensionen wie 1860 erhebt, und andererseits der Nationalitätenswist in Ungarn täglich größere Fortschritte macht, nachdem der Landtag gestern und vorgestern die Ansprüche der Rumänen und Sachsen auf Sprachen-Gleichberechtigung auf's Höchste zurückgewiesen, sowie die unbedingte Magyarisirung Siebenbürgens dekretirt hat. Weiß man nicht mehr, wie Finanzminister Plener 1861 verzweifelt ausrief: der Kaiser habe in Ungarn gerade so viel zu sagen und bekommen dort gerade so viel Steuern eingezahlt, wie Viktor Emanuel in Sicilien — und glaubt man Desterreich stark genug, eine solche Anarchie noch Einmal zu überwältigen, nachdem man sie wieder hat hereinbrechen lassen?

Großbritannien und Irland.

London, 9. März. Es dient zur großen Befriedigung, daß in Städten, wie Dublin, Waterford, Cork, Limerick, welche als Hauptstige und als Hauptangriffspunkte der Verschwörer gelten, augenblicklich die vollkommenste Ruhe herrscht; auch die Banden in den Gebirgen der Grafschaft Wicklow scheinen zerprengt zu sein. Der Schauplatz der größten Aufregung ist jedoch noch die Grafschaft Tipperary, wo die Fenier sich in starker Zahl bei dem Berge Delvis Wit zusammengescharrt haben, so daß Artillerie herangezogen muß, um sie aus ihrer Position zu vertreiben; auch in den Städten jener Gegend heben die Fenier ihr Haupt empor. In der Grafschaft Limerick sind die Polizei-Kasernen von Killeely erstürmt worden. Die Nachrichten aus anderen Orten beschränken sich meist auf die Anzeige von Verhaftungen. Etwa ein Duzend anerkannter fenischer Führer sind schon in Gewahrsam und werden sich auf eine strenge Strafe gefaßt halten müssen. Ueber das Auftreten der Insurgenten brachten einige Berichterstatter im ersten Schreden gar entsetzliche Schilderungen. Bei näherer Betrachtung schwinden aber Mord, Brand und Plünderung zusammen zu der Ausräumung einiger Bäckereien für die hungrigen Kämpfer der Freiheit, die jedoch meist ihre eigenen Lebensmittel bei sich führten. Die übrigen Gewaltthatigkeiten ereigneten sich in Fällen, wo die Rebellen aus Mangel an Waffen an diejenigen appellirten, welche solche besaßen, wo es gelegentlich zu Konflikten kam. Aus solchem Anlasse wurde der Direktor der Unionbank erschossen, da er sich weigerte, seinen Revolver herauszugeben. Der Brandstiftung sind die Aufständischen insofern zu beschuldigen, als sie an einigen Stellen aus werthlosen Gegenständen, oder in verfallenen, leeren Scheunen Feuer anzündeten, um die Aufmerksamkeit der Polizei und des Militärs abzulenken und die Stationen oder Kasernen in der Zwischenzeit nach Waffen abzusuchen.

Unweit Bradford hat sich wieder ein schreckliches Eisenbahn-Unglück ereignet. In einem Tunnel kam der Zug nach Huddersfield plötzlich zum Stillstand. Der Lokomotivführer stieg ab und ging unter die Maschine, um sich zu überzeugen, was die Störung veranlaßt haben könnte. Indem brauste mit großer Schnelligkeit ein Zug von Leeds heran und fuhr mit rasender Gewalt in den Tunnel und den dort haltenden Zug hinein. Der Zusammenstoß war furchtbar, der Lokomotivführer wurde auf der Stelle zermalmt, zehn bis zwölf Passagiere grauenhaft verstümmelt und eine beträchtliche Anzahl anderer mehr oder weniger schwer verletzt. In anderen Ländern sind es besonders die Weichensteller, für welche eine bessere Regelung, d. h. Verfürzung der Arbeitsstunden eine gebieterische Nothwendigkeit ist, für die Leute selbst wie nicht minder für das reisende Publikum, dem allgemach auch auf dem Kontinente das Gefühl der Sicherheit verloren geht. Die Eisenbahn-Direktionen aber scheinen über Kleinigkeiten, wie zerstückelte Knochen und vom Rumpfe getrennte Köpfe, erhaben zu sein; drüben wie haben. Daher nehmen wenigstens für Lande die Beschwerdeführenden ihre Sache selbst in die Hand. In diesem Sinne haben die Lokomotivführer und Feizer der englischen Bahnen gegenwärtig eine Agitation für Verfürzung ihrer Arbeitsstunden ins Werk gesetzt. Obgleich verhältnismäßig gut bezahlt, sind sie bei einer Arbeitszeit von 17 Stunden jeder unangenehmsten Bitterung ausgesetzt, doch gegen die große Mehrzahl der arbeitenden Klassen ungünstig gestellt und fordern daher, neben einer Verfürzung der Arbeitsstunden, eine Regelung der Lohnsätze und Vergütung der über die reglementsmäßigen Dienststunden hinausgehenden Fahrstunden, so wie einen freien Sonntag für je vierzehn Tage. Sie repräsentiren ein Korps von 20,000 Mann; und groß würde die Noth sein, wenn diese Lokomotivgarde einmal an einem schönen Morgen unmutig die Arbeit einstellte.

Frankreich.

Paris, 9. März. Das Einverständnis zwischen Frankreich und Rußland wird von offizieller Stelle mit zu großer Absichtlichkeit in den Vordergrund gestellt, als daß man die Sinnigkeit desselben nicht anzweifeln dürfte. Was England betrifft, so weiß man jetzt mit Bestimmtheit, daß seine Agenten es sind, welche den Divan zum Widerstande gegen die griechenfreundlichen Rathschläge, die von den drei Schutzmächten gemeinsam gegeben werden, anreizen. Alle Nachrichten aus dem Orient stimmen darin überein, daß man dort von einem Augenblick zum anderen eine allgemeine Silberhebung erwarten müsse. Die russische Regierung steht jetzt sehr schlecht mit der Pforte, und ungeachtet des Dementis der „Patrie“ hält man hier den Krieg zwischen der Türkei und Rußland für nicht unwahrscheinlich. (?) — Emil Ollivier ist gestern in den Tuileries vom Kaiser in besonderer Audienz empfangen worden. Man behauptet, daß dieser Empfang, der Rouher und Cavalette

stark beunruhigte, nur den Zweck gehabt habe, die Lossagung Olliviers von Girardin desto schärfer zu dokumentiren und darzutun, daß sich der ehemalige Chef des Ziers-Parti jetzt ganz eng an die Regierung angeschlossen. Es wäre aber doch sehr möglich, daß noch Anderes dahinter stecke. Rouher jedenfalls ist in diesem Moment sehr unbehaglich zu Muth. — Emil de Girardin, der Kommandeur des spanischen Ordens Karls III. und Isabella der Katholischen ist, erhielt heute ein amtliches Schreiben des Staatsministers aus Madrid, worin er aufgefordert wird, die Insignien dieser Dekoration zurückzuschicken, da er in seinem Blatte beleidigt, was der spanischen Nation das Theuerste sei. Herr Birmaitre, Redaktions-Sekretär der Liberté, gleichfalls Ritter des Isabellen-Ordens, erhielt dieselbe Aufforderung, der er sich beeilte, augenblicklich nachzukommen.

— Es ist einiger Maßen bemerkenswerth, daß die Hoforgane die längere Anwesenheit des belgischen Generals Chazal in Paris zu einer Art Ereignis zu machen sich bemühen. Der belgische Staatsmann, welcher ostensibel über die Heimkehrverhältnisse der belgischen Legion aus Mexiko zu verhandeln hatte, wurde vom Kaiser und den Großen des Reichs mit ungewöhnlicher Zuversicht empfangen. Der General ist seit Sonnabend wieder in Brüssel. Die sehr zusammengeschmolzene belgische Legion wird in Antwerpen ausgeschifft werden. Diese Leute haben die Thorheit derer, welche dieses Abenteuer zu einem guten Werke zu stempeln wußten, schwer gelüßt, und auch der Unficht der belgischen Regierung macht das Unternehmen kein Kompliment. König Leopold I. war bekanntlich klug genug, das Ende dieser Expedition vorherzusehen, um so weniger hätte das belgische Ministerium die Hand dazu herleihen und sich zum Kompagnon jener Hofspartei in den Tuileries machen sollen, welche die Projekte der „Schwarzen“ in Mexiko protegirte.

Belgien.

Nach officiellen Mittheilungen scheint es den Bemühungen der belgischen Behörden gelungen zu sein, die Rinderpest in Hasselt und überhaupt in der ganzen belgischen Provinz Limburg vorläufig wenigstens vollständig zu unterdrücken. Seit ungefähr drei Wochen sind daselbst Erkrankungen nicht mehr vorgekommen. Es ist nicht nur dasjenige Rindvieh, welches sich mit erkrankten Stücken in einem Stalle befunden hat, sondern überhaupt alles Vieh, das in der inneren Stadt vorhanden gewesen ist, getödtet worden. Denjenigen Viehbesitzern, in deren Stallungen noch keine Erkrankung vorgekommen war, sind dabei 50 pSt. des Taxwerthes, den Besitzern von Milchkühen, wie es heißt, sogar 75 pSt. als Entschädigung bewilligt worden, damit sie sich mit der sofortigen Abschachtung noch gesunder Thiere einverstanden erklärten. In Folge dieser energischen Maßregeln sind in der Stadt Hasselt allein 1400 Stück Rindvieh getödtet worden und ist die Staatskasse in nicht unerheblicher Weise dabei in Anspruch genommen worden. Ein solches Verfahren dürfte den Holländern Veranlassung zur Nachahmung geben, um endlich den seit zwei Jahren genährten Brutheerd der Seuche auch bei sich gänzlich zu erlöchen. In der belgischen Provinz Lüttich soll die Seuche wieder im Zunehmen sein.

Italien.

Florenz, 10. März. Von den Wahlen in Florenz sind bisher folgende Resultate festgestellt. Erster Wahlbezirk: Nicajoli gewählt (mit 963 Stimmen) gegen Garibaldi (97 St.) Zweiter Wahlbezirk: Engere Wahl zwischen Peruzzi (834 St.) und Crispi (193 St.) Dritter Wahlbezirk: Engere Wahl zwischen Fenzi (736 St.) und Rubbieri (266 St.) Vierter Wahlbezirk: Engere Wahl zwischen Andreucci (586 St.) und Capriani (157 St.) Aus der Provinz werden u. A. die Wahlen von Rattazzi, Bianchi, Mancini, Visconti-Venosta, Biancheri, Cordova, Bizio, Sella, Testa, de San Donato, Cairoli, Corte gemeldet. In Neapel und in Gento kommen Garibaldi, in Messina Mazzini, in Livorno, Guerrazzi, in Biella General Camarmora auf die engere Wahl.

Donaufürstenthümer.

Man will in Wien Kenntniß haben von dem definitiven Abschluß eines — angeblich aus 17 Artikeln bestehenden — Vertrags zwischen Serbien und Montenegro, der allerdings in erster Reihe nur defensiven Zwecken zu dienen hätte, eventuell aber auch eine gemeinsame Offensiv-Aktion ins Auge faßte und das Eintreten einer solchen Aktion vorausgesetzt, zu Gunsten Montenegro's über einen Theil der Herzegowina und über den schmalen Streifen türkischen Gebietes am adriatischen Meere (die Suttorina) verfügte.

Vom Reichstage.

(10. Sitzung vom 11. März.)

Eröffnung 10 1/2 Uhr. Die Tribünen sind überfüllt. An den Tischen der Kommissare die Minister Graf v. Bismarck und v. d. Heydt, Geh. Rath v. Savigny und zehn Vertreter der verbündeten Staaten.

Präsident Simon theilt mit, in welche Abtheilungen die am Sonnabend eingetretenen Mitglieder ausgelost sind. Abg. Fürst Roman Czartoryski hat schriftlich wegen dringender familiärer Angelegenheiten um einen Urlaub von 3 Wochen nachgesucht; derselbe findet keinen Widerspruch. — Es wird darauf sofort in die Tagesordnung eingetreten (Fortsetzung der allgemeinen Debatte über den Verfassungsentwurf); es erhält zunächst das Wort

Abg. Dr. Köster (für die Vorlage). Redner wendet sich zunächst mit einigen Bemerkungen, die aber bei der großen Unruhe im Hause, wo die einzelnen Mitgliedern sich erst niederlassen, nicht vernehmlich sind, gegen die Ausführungen der Abgeordneten zweifeln, Dr. Waldeck und Dr. Michels, den er zwar nicht a Kempis, aber von Kempen nennt. Dann fährt er fort: Die Bundes-Verfassung wird uns eine bessere Zukunft sichern. Sie scheidet freilich Alles aus, was ins Gebiet der konstitutionellen Phrase und der grauen Theorie gehört, aber sie eröffnet eine Aussicht auf wahre Freiheit, sie fängt nicht mit dem Ende an, aber sie gewährt eine Bürgschaft für ein hoffnungsvolles Beginnen. Ich will sie nicht bloß vom konservativen Interesse willkommen heißen, sondern auch als Deutscher, der die politische Ohnmacht der neu abgeschlossenen Epoche tief empfunden hat. Der Militäretat, den sie proponirt, muß gerade im nationalen Interesse angenommen werden. Nur wenn Preußen in wohl umschauter Haltung daselbst, kann Deutschland auf seine nationale Höhe gehoben werden. Darüber sind auch die wichtigsten Parteien in diesem Hause, so glaube ich, vollkommen einig, daß Preußen und der Norddeutsche Bund in den nächsten Jahren eines festen Militäretats bedürfen und es dürfte auch vom finanziellen Standpunkte aus dem allgemeinen Interesse entsprechen, wenn Preußen in den Stand gesetzt wird, so lange als möglich mit dem jetzt zu bewilligenden Etat das norddeutsche Heerwesen einzurichten und die Bundeskriegerverfassung mit altbewährter preussischer Sparsamkeit fortzuführen. Der Verfassungsentwurf sieht indessen auch der eint freigeitlichen Entwicklung in keiner Weise entgegen. Während von der einen Seite Preußen im Heerwesen, in der Marine und in der diplomatischen Vertretung eine feste Stellung gewinnt, steht es auf der anderen Seite dem Reichstage zu, nach Abschnitt 11. Art. 4 in den 13 namhaft gemachten Fällen, ohne durch ein absolutes oder suspensives Veto gehindert zu werden, Reichsgesetze zu erlassen. Man wird einräumen, daß Preu-

hens Macht, den übrigen Verbündeten gegenüber, die vollkommen maßgebende ist, gleichwohl wird aber, wie der Abgeordnete Wagener am Sonnabend schon bemerkt hat, die Stellung Preußens im Bundesrathe eines starken Nachhals im Parlament bedürfen. Meine Herren! Wenn man den Verfassungsentwurf in Vergleich zur französischen oder belgischen Verfassung und zu den deutschen Grundrechten stellt, dann wird man ihn freilich kalt und nüchtern finden, gleichwohl aber entbehrt er auch nicht einer idealen Seite. Er trägt der Sehnsucht des deutschen Volkes nach politischer Einheit Rechnung, er befriedigt sein Recht auf staatliche Macht und schließt fest und unerwiderlich die Pforten der Revolution und den Janustempel der Zwietracht. Er wird einen nutzbringenden, friedlichen Wettstreit zwischen dem Bundespräsidium, der Bundesregierung und dem Reichstage hervorgerufen, und uns die edlen Güter des wirtschaftlichen Fortschritts und der vernünftigen Freiheit sichern.

Meine Herren, wir würden in Wahrheit einen fähigen und glücklichen Griff thun, wenn wir die Verfassung so annehmen, wie sie uns aus den Händen des Königs Wilhelm und seiner Minister dargeboten worden ist. Wenn der leitende Staatsmann, den wir mit Stolz den unseren nennen, in hingebendem Eifer an seine Mission nicht alle Bedenken ernstlich abgewogen hat, so wollen wir ihm das nicht anrechnen und an den Segen seines Wertes glauben. Nicht bloß große Feldherren, große Dichter und Denker, auch große Staatsmänner sind gleichsam eine unmittelbare Gabe des Himmels, die wir mit Frömmigkeit empfangen sollen, und ich möchte an diejenigen, welche gegen den Verfassungsentwurf protestieren möchten, die Frage richten: wenn Preußen im vergangenen Frühjahr das alte Unwesen des Bundestags in Trümmer schlug, kann dies denn wirklich im Namen der Unfreiheit und des Rückschritts geschehen sein, oder nicht vielmehr im Namen der Freiheit und des Fortschritts? Ja, meine Herren, und wenn das stumpfste Messer der Reaktion in die Hände der Hohenzollern kommt, es wird in denselben doch zur blühenden Klinge für Recht und Freiheit. Gerade der Grundstein der Militärorganisation, den das preussische Abgeordnetenhaus in jahrelanger Opposition zurückgewiesen hat, ist zum Gelingen an dem Gebäude der nationalen Größe Deutschlands geworden. Meine Herren, alle Parteien nennen sich heute national, aber wahrhaft national im Sinne des deutschen Volkes und vor dem Richterstuhl der Geschichte ist nur diejenige, welche auf der durch Preußens Siege geschaffenen Lage fortbauen will, nur ihr wird die Zukunft gehören. Lassen Sie uns deshalb groß sein in einmütiger Entscheidung; die Ruhmesthaten unseres Heeres, das Wort vom Throne herab, das dringende Mahnen aus dem Munde des Grafen Bismarck zwingen uns ebensmäßig zu beschleunigter Vollendung unseres Wertes. Wir wissen, was wir haben, wenn wir zugreifen, aber kein Mensch weiß, was da kommen wird, wenn wir den Verfassungsentwurf zurückweisen. Für mich ist bloß die eine Erwägung maßgebend: Wenn ein Volk von 30 bis 40 Millionen erst die Einheit hat und es weiß, dann den Weg zu vernünftiger Freiheit nicht selbst zu finden, dann wird es die Freiheit, wenn sie wirklich erlangt ist, auch nicht zu bewahren wissen. Ich bitte Sie, nehmen Sie den Entwurf an und wählen Sie dazu den kürzesten Weg. (Bravo rechts.)

Abg. Lasker (gegen den Entwurf): Meine Herren! Ich habe mich gegen den Entwurf einschreiben lassen, weil ich gegen denselben sehr erhebliche und schwer wiegende Bedenken zu äußern habe, aber ich stehe demselben keineswegs absolut verneinend gegenüber. Wir ist es auch nicht um eine scharfe Kritik um ihrer selbst willen und zu Gunsten einer theoretischen Auffassung zu thun, und ich bemerke deshalb von vorn herein, daß es mir vollkommen gleichgültig ist, ob der Entwurf in die schulgerechte Definition eines Bundesstaats hinein paßt oder nicht. Der Verfassungsentwurf, der uns vorliegt, trägt allerdings nur den bescheidenen Namen des Norddeutschen Bundes, wer ihn aber deshalb mit dem alten Bundestage vergleicht, der wird doch bloß das Wort, nicht den Sinn treffen. Hinter dem Norddeutschen Bunde steht eine große Staatsmacht und er wird sich Geltung auf dem Meere schaffen und eine einheitliche Flagge wird bald den deutschen Namen an den fernsten Küsten groß machen. Alle Bedingungen eines künftigen Staatswesens stehen hinter dem Norddeutschen Bunde. Allerdings könnte man durch einzelne Formen leicht verführt werden, den Bundesrat mit dem Plenum des alten Bundestages zu vergleichen, aber auch hier verlohnt sich die Form, nicht der Inhalt. Von den 62 Stimmen des alten Plenums sind im Bundesrathe nur 43 übrig geblieben, von diesen 43 gehören Preußen 17, und den übrigen 26. Bei diesem Verhältnis wird Preußen, wenn es mit vollem Ernste in seine Aufgabe eintritt, unweifelhaft leicht finden, sich die Majorität zu verschaffen. Ich glaube auch nicht, daß die Majorität des Bundesrats mit dem Parlamente sich jemals gegen Preußen verschören könnte. Der Reichstag, der aus allgemeinen Wahlen hervorgegangen ist, wird stets die Machtstellung Preußens fördern, nie mit den Regierungen der kleinen Staaten sich verbinden und diese selbst brauchen sich bloß an die Geschichte des Jahres 1866 zu erinnern, um zu wissen, wie schlimm ihnen das Majoritäts-Preußen bekommen ist, obgleich Oesterreich und die süddeutschen Staaten an diesem Majoritäts-Preußen sich insofern beteiligen konnten. Wenn Preußen je überstimmt werden könnte, dann würde ich sagen: diese Verfassung hat eine Lücke schlimmerer Art, aber weil ich der festen Überzeugung bin, daß Preußen auch durch die Verbindung aller Kleinstaaten nicht von seiner Mission abgebracht werden kann, so kommt es mir auf den Namen nicht an und ich acceptiere deshalb auch den Bundestats. Wenn nun ein Redner hervorgehoben hat, daß Preußen mit seinen 24 Millionen sich selbst genug sei und der Kleinstaat entbehren könne, so möchte ich den Einfluß der letzteren keineswegs ganz gering anschlagen. Der Norddeutsche Bund steht jetzt mit 30 Millionen den 8 Millionen des deutschen Südens gegenüber, ohne seine Verbündeten würde Preußen aber nur mit 24 Millionen gegen die 14 Millionen der übrigen Deutschen stehen und man braucht in der That bloß diese Zahlen zu betrachten um der Beziehung der Kleinstaaten doch einige Wichtigkeit beizumessen.

Aber Preußen hat nicht bloß das Recht, sondern auch die Pflicht, die übrigen Staaten Deutschlands zu einigen; gerade die Bedeutungslosigkeit der übrigen ohne Preußen legt uns die moralische Verpflichtung auf, die sonst brachliegende Kraft der Kleinstaaten für die nationale Machtentfaltung durch den Anschluß an Preußen zu gewinnen. Vor einigen Jahren hörte man oft ausprechen, daß kein deutsches Dorf von Deutschland verloren gehen dürfe. Heute haben wir nicht mehr zu fürchten, daß das Ausland ein deutsches Dorf wegnehmen suchen werde, heute giebt es einen anderen Merauf, der dahin geht, daß kein deutsches Dorf der deutschen Freiheit für die Dauer verloren gehen könne. Wir dürfen uns nicht abschließen, weder nach Norden, nach Osten, nach Süden hin. Und bei dieser Ausdehnung des Bundes kann ich nur in der Art die Kategorien des Möglichen und Unmöglichen gelten lassen, daß es nicht auf die Stellung, die das Ausland gegen uns nehmen möchte, ankommt, sondern darauf, daß die Möglichkeit klar liegt für jede Verbindung, die Preußen kräftigt, die Unmöglichkeit für jede, die Preußen schwächt. Deshalb ist nicht zu übersehen, daß für Preußen selbst in dem Bunde die Stellung eine wesentlich andere ist, wenn Sachsen nicht mehr der erste und Mecklenburg der zweite Bundesstaat neben Preußen ist; mit dem Eintritt des Südens zu dem Bunde ist nicht bloß dem Namen nach, sondern in Wirklichkeit ein Gegengewicht gegen Preußen geschaffen. Wenn Preußen indessen kaum ein Interesse haben kann, dem Süden sofort die Theilnahme am Norddeutschen Bunde zu öffnen, so sagen wir uns damit nicht für immer von ihm los. Wir sind mit ihm verbunden durch ein einheitliches Zollgebiet und es kann nicht unsere Absicht sein, dieses Band zu lösen. Zwischen Süd und Nord besteht aber noch ein stärkeres Band, das der Hilfsbedürftigkeit des Südens und der Schutzpflicht des Nordens, und dieses Band zu lockern, sind wir gewiß am wenigsten geneigt. Wenn nun in dem Verfassungsentwurf immerhin auch Fürsorge getroffen werden mag, dem Süden den Anschluß offen zu halten, so möchte ich doch nicht, daß die Verträge, welche etwa geschlossen werden, den Charakter internationaler Verträge haben. Ich selbst würde nicht anstand nehmen, die Aufnahme einer ausdrücklichen Bestimmung über den Anschluß des Südens an den Norddeutschen Bund zu empfehlen, wenn Preußen dagegen die Befugnis eines Veto gegen etwaige, seinen Interessen schädliche Bundesbeschlüsse erhielt. Aber weiter würde ich nicht gehen, und anderes hat auch mein Freund, der Abg. für Osnabrück (Miquel) nicht gemeint, als er die Mainlinie nur als Saltestelle, um Wasser und Kohlen Worte dahin aufzufassen hat, daß sie einen neuen deutschen Krieg in Aussicht nehmen. Was die Beziehungen zu Oesterreich und die Frage anbetrifft, was aus den künftigen Chancen der Stämme werden soll, so ist es nicht unsere Sache, über zu betrachten, was die Deutschen gegen Eschen und Ungarn zu diskutieren. Ich reich noch nicht hülfsbedürftig; heute haben wir weder Anlaß noch Verpflichtung, ihnen Schutz zu gewähren.

Meine Herren! Wenn ich nun dem Inhalte des Verfassungsentwurfs näher trete, so scheint es mir charakteristisch, daß die ganze Wurzel seiner Entwicklung in der Kriegsverfassung liegt, deren Ursprung im Uebrigen nicht bloß auf die Erfolge von Königgrätz zurückzuführen ist, sondern auf das seit einer Reihe von Jahren hervorgetretene Bestreben Preußens, eine wirksame

Bundeskriegsverfassung zu schaffen. Ich würde nicht der Wahrheit die Ehre geben, wenn ich nicht offen zugegeben wolle, daß die Vermehrung der militärischen Kräfte Preußens, in großartigstem Maße aufgeföhrt, die allgemeine Wehrpflicht in großartiger Weise durchgeführt ist. Aber in dem Verfassungs-Entwurf ist neben den militärischen Einrichtungen auch für die Bedürfnisse des allgemeinen Verkehrs in genügender Weise gesorgt, und wo sich ein Bedürfnis noch geltend machen sollte, wird wohl noch Mandates hinzugefügt werden können. — Eine andere Seite des Verfassungslebens ist indessen in dem Entwurfe ganz vernachlässigt. Ich will nichts über die Nothwendigkeit der Hinzufügung der Freiheit zur Einheit sagen, denn ich lege diesem Worte etwa nur die Bedeutung des alten Schulstreites zwischen Seele und Körper bei, eine Verfassung läßt sich so nicht scheitern, aber jede Verfassung muß den Bedürfnissen des Volkes entsprechen, und wenn Herr Wagener alle Bedürfnisse des Volkes auf die des Herzens und des Magens zurückführt, so ist mir der Sinn dieser Worte nicht ganz klar geworden, so viel aber weiß ich, daß er den Verstand vergesen hat und die intellektuellen Begriffe. Wir wollen nicht bloß das materielle Interesse gewahrt wissen, wir wollen eine Regierungsweise, wie sie uns zuzutritt und in das konstitutionelle Leben hineinpaßt. Deshalb vermissen ich in dem Entwurfe zunächst die Verantwortlichkeit der Regierung. Das ist keine theoretische Frage allein; wie ein Jeder in seinem eigenen Haushalte sich verantwortlich ist, so wünscht das Volk, das der ganze Regierungsapparat in verantwortlichem Hände sei. Das einzige Bedürfnis für die Verantwortlichkeit ist das, daß die Exekutive von der gesetzgebenden Gewalt getrennt werden muß. Nur im Absolutismus, wo Exekutive und gesetzgebende Gewalt durcheinander laufen, war eine Verantwortlichkeit nicht möglich, wo die letzteren aber getrennt sind, ist die letztere möglich. Daß sie hier aber zu scheitern liegt, liegt in der Natur des Norddeutschen Bundes. Ungeachtet ist diese Organisation in dem Ausschusse des Bundesrats, aber das Prinzip selbst muß in der Verfassung festgelegt werden, um die Verantwortlichkeit, wenn wir sie haben, alsbald auf eine bestimmte Person einzuwirken. Ich vermissen ferner in dem Entwurfe die gerechte Verteilung der Lasten. Die allgemeine Wehrpflicht lastet schwer genug auf allen Bürgern, um ihnen ein Recht zu geben, eine gleiche Verteilung der Lasten zu fordern. Die preussischen Militäraufgaben sind zwar in den Entwurf aufgenommen, aber mit der Veränderung der siebenjährigen Präsenz und außerdem ist die ganze Organisation in die Hände des Königs gelegt; alle Grenzen der Eintheilung sind damit verwischt, Alles der Willkür des Bundesfeldherrn anheim gegeben.

Dann halte ich es bei der Verfassung nicht nur nötig, daß das Volk seine Vertreter wählt, sondern auch, daß die Gewählten mit konstitutionellen Befugnissen ausgestattet werden. Welche Befugnis aber haben sie hier? Nichts als die naive Gesetzgebung; kein Recht der Interpellation, der Petitionsberatung, keinen Schutz für Wiedererhebung ihrer Reden in den Berichten der Presse! In dessen will ich heute nicht auf solche Einzelheiten eingehen, aber m. H., an der Spitze der konstitutionellen Rechte steht der Einfluß auf die Finanzverwaltung und der Mangel desselben bildet das wesentlichste Bedenken gegen den Entwurf, welcher damit den Einzelhandlungen die wichtigsten Hälfte ihrer Befugnisse abnimmt. Die Civil-Ausgaben könnte man preisgeben, die sieben so ziemlich fest und es ist wenig in ihnen zu ändern; weit wichtiger sind die Militärausgaben und was bietet uns in dieser Beziehung der Entwurf? Diese Ausgaben werden sich mit Einfluß der Marine auf ungefähr 70 Millionen belaufen und dagegen verschwindet alles Uebrige. Nun seien Sie gewiß, m. H., daß, wenn der Normal-Etat in die Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes aufgenommen, wenn die 225 Thlr. pro Kopf genehmigt und der Prozentfuß der Ausgabe festgesetzt, dann werden wir nichts mehr vom Militäretat zu hören bekommen; er ist ein für alle mal fixiert und unserm Einfluß entzogen. Liegt denn aber der Mangel an unserem verfassungsmäßigen Recht in Bezug auf Ausgabe- und Steuerbewilligung, diese bedeutendste Lücke in dem Entwurfe, im Interesse der Regierung selbst? Wenn der Reichstag keine Einnahmen zu bewilligen hat, was soll denn angefangen werden im Falle eines Krieges? Anleihen kann er auch nicht votieren, also bleibt nichts, als die Militärumlage auf die einzelnen Staaten, die von einigen zwanzig Landtagen genehmigt werden muß. Wie solche Wirtschaft durchzuführen sein möchte, weiß ich nicht, ebensowenig sind wir unterrichtet, wie die Regierung sich das und Wehliches vorstellt, denn dem Entwurfe fehlen die Motive und bis jetzt hat sich kein Mitglied des Bundespräsidiums zur Erhellung einer Auskunft geäußert. Die Gründe, die der Abg. Wagener für den Normaletat anführt, kann ich nicht gelten lassen; Preußen kann nicht in dieser Art majorisiert werden, seine Stellung im Norddeutschen Bunde beruht ja nicht auf Willkür, sondern auf dem natürlichen Uebergewicht seiner Macht. Wenn er dann auf den Konflikt und auf die Natur des noli me tangere im preussischen Militäretat hingedeutet hat, so faßt er die Frage des Konflikts viel zu äußerlich auf und berührt nicht ihren inneren Grund. Nicht in dem Militäretat selbst war der Konflikt zu suchen, sondern darin, daß wir eine gesetzliche Votierung desselben verlangen und eine verfassungsmäßige Ausstrahlung der damit verknüpften Fragen. Daß dieser Konflikt so lange schweben konnte, hat wahrlich nicht an einem Ueberfluß an Macht des Landtages gelegen. Gelöst aber kann ein Konflikt nicht werden im Sinne des Abg. Wagener, indem man den einen Theil der Streitenden noch mehr einschränkt: das ist einfach nichts als Unterdrückung dieses einen Theils. Wenn nun dem Reichstage nicht das Budgetrecht gegeben wird, dann liegt die Gefahr eines neuen Konflikts nahe, weil derselbe notwendig seine Macht zu erweitern suchen wird. Das ist aber nicht die Art, wie in Preußen der alte Konflikt nach dem Tage von Königgrätz gelöst wurde dadurch, daß die Regierung offen zugefanden, wie sie nicht im Rechte gewesen sei, ein Zugeständnis, das uns nicht weniger Ruhm in Europa eingetragen hat, als der Glanz unserer gewonnenen Schlachten. So Mancher hoffte damals, daß nun eine Epoche des Säbelgeräusels angehen würde, aber man sah mit Staunen, daß der Waffenerfolg das Bewußtsein des Staatsbürgerthums gehoben hatte, und daß die Regierung nicht in Unterdrückung, sondern in Anerkennung des Rechts ihrer Gegner den Konflikt zu lösen wußte, trotz der Anspornung zu kühnerem Auftreten, die sich freilich nur untergeordneten Blättern der Feudalen erlaubten. Lassen wir aber auch dem Abgeordnetenhaufe die Gerechtigkeit widerfahren, daß es die dargebotene Hand der Regierung, wo dies nötig gewesen, nicht zurückgewiesen hat. Die Majorität der liberalen Partei war freilich nicht so groß als früher, aber doch noch stark genug, um bei allen prinzipiellen Entscheidungen der Abstimmung sicher zu sein, und sie hat nirgendes alten Haß und altes Vorurtheil geschürt. Ich bin mit meinem Urtheile über den Entwurf noch nicht fertig, aber ich und meine Freunde haben den ersten Willen, das Verfassungswerk zu Stande zu bringen unter der Bedingung, daß die Freiheit nicht veräußert, daß alles aufgenommen werde, was für ein Parlament durchaus nötig ist, und daß nicht die wesentlichsten konstitutionellen Rechte fehlen, welche auszugeben keine parlamentarische Vertretung einer andern zumuthen darf. (Bravo links.)

Abg. Dr. Braun (Wiesbaden) [vom Plaze; Ruf: Tribune]: Meine Herren! Ich möchte Niemandem den Glanz der Tribune; ich aber liebe sie nicht und möchte sie bitten, auch in dieser Beziehung Jedem nach seiner Facon politisch werden zu lassen. Meine Herren! Ich kann nicht sprechen im Namen einer politischen Partei, sondern nur in meinem eigenen Namen; denn die politischen Verhältnisse und Parteien sind noch nicht so geklärt, daß irgend eine Partei eine definitive und bindende Erklärung über ihre Stellung zu der vorliegenden Frage abgeben könnte; und dies ist sehr gut; denn es würde nur ein Hinderniß bilden zur Verständigung in dieser so hochwichtigen Sache. — Der uns vorgelegte Verfassungsentwurf hat eine Motive; das ist ein formeller Fehler: aber unter den Umständen, wie sie gegenwärtig liegen, ist es kaum möglich gewesen, dem Entwurfe Motive beizugeben. Denn unter den Mitgliedern der Bundeskommission haben sehr verschiedene Motive obgewaltet (Heiterkeit). Ruf: Sehr wahr! und wenn man diese Motive hätte anführen wollen, hätte man wohl 22 Motive zu jedem Artikel beibringen müssen. (Heiterkeit.) In dieser Weisung bin ich noch befristet worden durch das Studium der Protokolle; diese belehren uns ausreichend über die äußeren Schwierigkeiten. Wir finden da so viel Kläufeln, Bedenkllichkeiten und Vorbehalte, daß es wahrhaft erschreckend ist und die lebhaft erinnern an die von Bladstone gegebene Etymologie des Wortes „Parlament“ aus parium lamento (Große Heiterkeit); daß keine Motive vorhanden sind, hat also seinen Grund, und ich halte es für kein Unglück. Die Motive, die belebende Kraft müssen wir selbst hineinbringen in den Entwurf und die Ausarbeitung derselben der Nation, der Zeit, der Zukunft überlassen. (Beifall.) — An dem Entwurfe wird ferner die Form getadelt. Der Entwurf hat allerdings wenig Ähnlichkeit mit einer Konstitution; er ist nicht korrekt, noch viel weniger elegant zu nennen. Was hätte es uns denn aber, wenn er noch so korrekt und elegant wäre, aber ein Stück Papier bliebe, wie die so korrekte und elegante Reichsverfassung von 1848? (Beifall rechts.) Ich verzichte gern auf die Form, wenn ich nur den Inhalt erreichen kann, wenn ich die Garantie erhalte für eine einheitliche Konstitution, ohne dadurch zu präjudizieren der Fortentwicklung der wirtschaftlichen und bürgerlichen Freiheit. — Werfen wir einen Blick auf die verschiedenen Stadien, die unsere Arbeit zu durchlaufen hat, so finden wir im Jenen unserer jetzigen Verhandlungen ein Stück Sisyphus-

arbeit; der Stein ist mit Mühe heraufgewälzt; wir haben dafür zu sorgen, daß er nicht wieder entgleite den Händen, die ihn hinaufgewälzt haben, wir müssen ihn weiter zu schieben suchen.

Wir haben hier keine formelle Autorität; wir finden keine konstitutionelle Verammlung; wir können nichts oktroyieren; wir können nur Rath ertheilen. Was uns aber an formeller Autorität entgeht, das gewinnen wir an moralischem Gewicht. Denn es giebt keine Potenz in Deutschland außer uns, die fähig wäre das schwere Werk der Vermittelung zwischen den Vertretern der Regierungen und den einzelnen Bestandtheilen des Volkes zu vollenden. Diese Aufgabe kann nur vollenden eine aus allgemeiner, freier und direkter Wahl hervorgegangene Verammlung; und wenn wir hier auch nur die Stelle eines Rathgebers haben, so sind wir doch Rathgeber erster Klasse. — Wie die preussische Regierung gleich einer provisorischen Centralgewalt den Entwurf zu Stande gebracht und die Zustimmung der Regierungen hierzu verschafft hat, so müssen wir den Entwurf unsererseits zum formellen Abschluß bringen und uns bemühen, denselben die Zustimmung der verschiedenen deutschen Volksvertretungen zu verschaffen. — Am Sonnabend hat nur ein Redner hier ausgesprochen, daß, wenn die Bundesverfassung in Widerspruch trete mit der preussischen Landesverfassung, er dieselbe nicht annehmen könne. Meine Herren! Das halte ich für einen verhängnißvollen Irrthum. Man kann keine Bundesverfassung, keine Reichsverfassung machen, ohne die Einzel-Landesverfassungen zu ändern (Auf: sehr richtig) und wer sich auf den Standpunkt stellt: „Ich habe die Landesverfassung beschworen; die darf nicht geändert werden“, der sagt: ich will keine Bundesverfassung, ich will keine Reichsverfassung. (Beifall.) Wie kann da von einer Verlegung des Gewissens die Rede sein, von einer Beeinträchtigung der Landesverfassung, wenn die Landesverfassung auf verfassungsmäßigem Wege geändert wird? Der Abgeordnete Waldeck hat neulich ausgesprochen, daß keinerlei Verträge auf Ewigkeit geschlossen werden können; das ist gewiß eine Wahrheit; aber auch keine Verfassung der Welt kann auf Ewigkeit gegründet werden; jede Verfassung der Welt muß sich unterordnen den Bedürfnissen des Gnnzen, und jede Verfassung der Welt muß sich den Veränderungen unterwerfen, die aus der Kultur-Entwicklung und den Fortschritten der Civilisation der Nation sich mit Nothwendigkeit ergeben; und ich kann mir keine schlechtere Verfassung denken, als eine solche, die niemals geändert werden dürfte und an der eine Fortentwicklung nicht denkbar wäre. Mit denselben Rechte, wie die preussischen Abgeordneten sich auf diesen Standpunkt stellten, kann es jeder Abgeordnete eines Norddeutschen Territoriums. Ich glaube wohl, daß alle 22 Staaten auch Verfassungen haben (Heiterkeit); und da könnten ja auch die Abgeordneten aus Dessau oder Schwerin oder Meuß ältere und jüngere Linie (Große Heiterkeit) dasselbe sagen und opponieren gegen die Gründung eines Norddeutschen Bundes, wenn in irgend einem noch so geringen Partikelfeile eine Veränderung mit Bezug auf Meuß ältere Linie getroffen werden sollte. (Heiterkeit.)

Ich finde es sehr begreiflich, daß diejenigen Herren, welche die Ehre haben, schon längere Zeit dem preussischen Staate anzugehören, welche Ehre ich erst seit kurzer Zeit genieße, und welche theilhaftig waren an dem bisherigen schweren Verfassungskampf, die Wiedererinnerung auch hier nicht schwinden lassen können. Mit großem politischen Muth, aus voller freier Ueberzeugung haben sie einen schweren Kampf gekämpft. Ehre den wackern Kämpfern! Dieser Kampf schweigt aber augenblicklich. Er ist aber uns in den einzelnen Ländern zu Staaten gekommen; er wird Preußen zu Staaten kommen, er wird dem deutschen Reiche zu Staaten kommen. Kein Wort, kein einzelner parlamentarischer Kampf wird verloren gehen und ich würde es für ein großes Unrecht halten, wenn Jemand, der nicht die Ehre hatte, an diesen Kämpfen theilhaftig zu sein, mit Geringschätzung herabzublicken. — Unsere Aufgabe aber ist im gegenwärtigen Augenblick nicht die, den Kampf fortzuführen. — Ich fühle das Bedürfnis, diesen Entwurf, zu dem die preussische Regierung mit anerkanntem Geschick durchgefeuert, per varios casus, per tot discrimina rerum, weiter zu bringen und zu fördern, die Zustimmung der einzelnen Landesvertretungen hierzu zu erwirken, und bald zum Abschluß zu bringen das Werk, von dem man sagen kann: „tantae molae erant germanicam condere gentem.“ Bis zum August muß es vollendet werden, und es ist keine Zeit dabei zu verlieren, da die Zustimmung aller Partialvolksvertretungen gesucht werden muß. Um diese leicht zu erlangen, darf keines der konstitutionellen Rechte und Befugnisse, welche die einzelnen Volksvertretungen haben, bei Verlegung aus der Partialvolksvertretung in die Centralvolksvertretung veräußert oder bei Seite geschoben werden. Wenn wir die Einheit haben wollen, so ist es allerdings absolut nothwendig, daß nicht nur die Regierungen, sondern auch die einzelnen Volkstheile Opfer bringen; wir haben aber vor allen Dingen darauf zu wachen, daß bei dem Transport der Rechte aus den Partialverfassungen in die Centralverfassung nicht zu viel verloren gehe. Werfen wir einen Blick auf die Entwicklung zur deutschen Einheit, so finden wir, daß seit dem vorigen Jahrhundert gerade die preussische Regierung diese Einheit zu erstreben suchte; die Jahre 1785, 1806, 1849 und 1850 bezeichnen Etappen auf diesem Wege. Zwei Punkte aber waren es, an denen diese Bestrebungen bis jetzt gescheitert sind. Man sagte erstlich nicht den nöthigen Entschluß, den Dualismus zu brechen und die habsburgische Fremdherrschaft in Deutschland zu beseitigen (Bravo). Ueber diesen Punkt sind wir heute glücklich hinaus, Dank dem glücklichen Schwerte des tapferen preussischen Volkes. Das zweite Hinderniß war, daß man vergaß, daß solche Bestrebungen getragen werden mußten von dem Willen der Nation und daß man dabei nicht auf die einzelnen Kabinete bauen darf, welche, sobald die zwingende Macht nachgelassen, zurückfallen in ihre centrifugalen Gelüste. Und wenn man uns zuruft: „Denkt an Frankfurt, begnügt Euch mit dem Erreichbaren, damit nicht das Ganze als fata morgana wieder entfliehe“, so können wir sagen: „Wir sind dessen eingedenk, wir wissen die nöthigen Opfer zu bringen, wir wollen die deutsche Individualität nach Kräften abtöten; aber man denke auch an Erfurt, wo das Werk mißrathen ist, weil es gebaut wurde auf den guten Willen der Kabinete, dem man auf die Dauer nicht vertrauen kann; das zu Grunde ging, weil sich die Nation nicht dafür entfamen konnte, weil es entbehrte der freiwilligen, enthusiastischen Huldigung der Herzen und Geister in Deutschland. Ich glaube nämlich, daß im nationalen Leben eines Volkes mehr Rücksicht auf Herz und Geist genommen werden muß, als auf den Willen, den der Abg. Wagener neulich so sehr betonte. Auch mit Rücksicht auf das Ausland, das voll Eifer auf unsere glücklichen Waffenthaten blidt, ist es gut, wenn wir den Beweis führen, daß die Nation nicht in wüthen Egoismus verfallen ist, sondern daß sie sich konstituieren will im Wege des Friedens und daß sie basiren will auf dem Grunde der wirtschaftlichen und bürgerlichen Freiheit.

Auch den unbedingten Partikularisten wird man so am besten entgegenwirken: denn es giebt auch berechnete Partikularisten, die sich beschweren, gegen Revolution und Uniformierung, mögen sie von demokratischer oder absoluter Seite kommen. (Beifall rechts.) M. H., ich mache kein Geht daraus, daß ich durchaus gegen einzelne der „Grundrechte“ bin. So meine ich z. B., man kann keine Agrarverfassung in ganz Deutschland einführen; die Vertheilbarkeit des Bodens und der Kultur lassen nicht zu, daß Alles nach einer Fagone behandelt wird. Unbedingte Partikularisten sind aber die, welche den Theil aber das Ganze setzen; wenn z. B. die Kleinstaaten in ihrer Selbstüberhebung und Verblendung so weit gehen, daß sie fortfahren, dem nationalen Leben des Volkes Hindernisse zu bereiten und sich in Widerspruch setzen gegen den Willen der Nation und die leitende Macht an der Spitze derselben. Wenn die Kleinstaaten sich beschließen, die bescheidene Rolle zu spielen, zu der sie nach Lage der Dinge nur berechtigt sind, so wird ihnen Niemand einen Stein in den Weg legen; und wenn sie hierfür eine Garantie verlangen, so ist dies wohl kein unbedingter Wunsch. — Die Bedenken, welche von einigen Seiten gegen die Mainlinie vorgebracht worden sind, kann ich nicht in dem Maße theilen; denn vorher hatten wir nicht eine Mainlinie, sondern einige dreißig Mainlinien; es ist also schon ein Fortschritt gegen früher. — Ich fürchte auch nicht, daß über Nacht in Deutschland ein Südbund erwacht; den das Element, das in Süddeutschland die Gründung eines Sonderbundes wünscht, will gar keinen Staat; sie negieren die Existenz des Staates; sie möchten lauter einzelne Kirchspiele haben und an die Stelle des Staates einzelne Kantone setzen, wo Jeder sich als souveräner Präsesident an die Spitze stellen möchte. Von solchen centrifugalen faatenfeindlichen Gewalten ist die konkrete positive Schöpfung einer Staatenbildung nicht zu erwarten. Die Rücksicht auf den Süden kann uns also von der Gründung des Norddeutschen Bundes nicht abhalten, sie kann uns nicht abhalten davon, einzutreten in die Gesellschaft der großen und vollmächtigen Nationen in Europa; und ich würde es unbegreiflich finden, wenn wir in jenem Gange nach Individualität, der uns zur künftigen Figur in Deutschland macht, an der Pforte des Einganges wegen irgend einer Kleinigkeit sagten: „Ich will nicht.“ Deutschland ist der hochkulturelle und entwickelte Staat; es besitzt ein Uebermaß an aller Kraft, die zum Leben der Nation nötig ist; so lange es aber die Einheit nicht besitzt, hat es einen Leib, aber keinen Kopf; es hat Arme und Beine, aber kein Gehirn. Was thun wir denn aber mit aller Kraft, wenn sie nicht kommandiert wird von der nationalen Idee? — Wir haben es erlebt, daß Deutschland in den Jahren 1859 und 1866 von Waffen gestarrt hat von oben bis unten; aber es waren nur bewaffnete Menschen keine Arme. Die Bundesarmee, oder wie man sie auch nannte die Reichsarmee (Heiterkeit) war nur ein Haufe Bewaffne-

ter, dem gerade Alles dasjenige fehlte, was zu einer einheitlichen Armee notwendig ist.

Meine Herren! den Süden gewinnt man nicht dadurch, daß man ihn nachläßt mit schönen Redensarten; seit 10 Jahren hat man dies geübt; aber je eifriger man ihnen nachgelaufen, desto eifriger ist man davon gelaufen. (Heiterkeit; Beifall rechts.) Sie wurden dadurch erst recht mißtrauisch, indem sie verstreute Abteilungen witterten und selbst den eigenen Stammesgenossen kein Vertrauen schenkten; so haben wir nicht nur in wirtschaftlicher Beziehung Propaganda machen können; mit unserer Einheitsbestrebungen aber haben wir bei der großen Masse Skandale gemacht. Wir müssen die Arbeit jetzt dem Süden selber überlassen; er ist schon eifrig daran; seine eigene Lage in wirtschaftlicher Beziehung dient ihm ausreichend zur Aufklärung. (Heiterkeit. Beifall.) Wir können fürs Erste nichts weiter thun, als ein möglichst vollkommenes Werk zu schaffen; diese That wird eine stärkere Gewalt auf den Süden ausüben, als alle schönen Redensarten. (Beifall rechts.) Der Süden hat eine natürliche Abneigung gegen die Einheit, in dem Glauben, daß dieselbe große Opfer erfordert; diesen Glauben können und dürfen wir nicht ausreden; denn er ist wahr; wir dürfen in dieser Beziehung keine Täuschung erwecken; denn diese würde verhängnisvoll werden, ebenso verhängnisvoll, wie für Italien. Um die Einheit zu erringen, sind große Opfer an Kapital und Manneskraft erforderlich. Die Italiener aber faßten ihre Aufgabe zu leicht auf; sie glaubten eher Ernten zu können, als sie gesät hatten; in Folge dessen sind sie mit Militär und Marine, sowie mit ihrer Finanzlage in große Schwierigkeiten gekommen, deren baldige Ueberwindung ist ihnen von Herzen wünschenswert. Ich bin weit entfernt davon, hier einen Angriff zu erheben gegen die große und edle Nation, mit welcher wir Jahrhunderte lang auf dem Boden der Kulturentwicklung verbunden gewesen sind, und die uns noch in kürzester Zeit das erhabene Beispiel gegeben hat, trotz der größten Verführung mit unüberwindlicher Treue die geschlossenen Verträge zu halten. (Beifall rechts.) Ich habe sie nur als Beispiel anführen wollen, daß wir nicht vergessen sollen, daß man die Einheit nicht ertrinkt, nicht erstickt, nicht erspringt und nicht ertönt. (Beifall rechts.) Man muß vielmehr alle Kräfte des Geistes bis an die Grenze der Möglichkeit anstrengen; und man darf sich dabei nicht dem Glauben hingeben, daß, so wie der Baum gepflanzt ist, man auch schon die Früchte ernten könnte. Wir können uns hierbei zum Muster nehmen die glorreiche Periode des preussischen Staates von 1806–1813, wo die großen Reformen vorbereitet wurden, die später so glänzende Erfolge für die Armee erzielte und zur Blüte aller wirtschaftlichen und bürgerlichen Interessen beigetragen haben. Wenn wir auf dieser Bahn vorwärtsschreiten, werden wir allerdings noch manchem Widerspruch begegnen; aber wir werden auch den Ueberwinden und das Wort Umland's wird sich betätigen, daß das groß ist, daß auch nach der Größe der schlichten Geldemuth seinen Platz hat, der schlichte Geldemuth aber ist die Arbeit auf dem Gebiet der sozialen bürgerlichen Thätigkeit, am Weisheit und am Pfluge.

Was die einzelnen Punkte des Entwurfes betrifft, so habe auch ich mannigfache Bedenken; zunächst beim Steuerwesen. Die Matrikularumlage für die Dauer scheint mir außerordentlich bedenklich. Im deutschen Reich ist diese Art der Aufbringung von Steuern auch erst dann eingeführt worden, als die Reichsfinanzen und die Armee schon in Verfall waren; und diese Einrichtung hat den Verfall lediglich beschleunigt. Meiner Meinung nach muß das Einkommen des Reichs aufgebracht werden auf dem Wege einer beweglichen direkten Reichsteuer, die jedes Jahr neu ausgeschrieben und von der Reichsgewalt erhoben wird. Ich hoffe, daß hierdurch auch die Widersprüche gelöst werden, die erhoben werden gegen die die Rechte der Volksovertretung beeinträchtigenden Finanzvorschriften des Entwurfes und ich hoffe, daß hierdurch verhütet wird sowohl der Nothstand, als die Verdrüssung. Die Finanzmaschinerie muß aber so organisiert werden, daß jede Reibung zwischen der Bundesgewalt und den Territorialgewalten unmöglich ist. — Sodann ist sehr mangelhaft im Entwurf die Bestimmung über das Indigenat. Das ist kein Indigenat; das sind höchstens Vergünstigungen, wie sie durch internationale Verträge zwischen ganz fremden Nationen festgesetzt werden, aber von einem gemeinsamen Bürgerrecht himmelweit entfernt. Ein gemeinsames deutsches Bürgerrecht ist aber nötig zur Herstellung der wirklichen Einheit, ist nötig zur wirtschaftlichen Fortentwicklung. — So kann in Mecklenburg die Niederlassung und der Gewerbebetrieb beschränkt werden durch Staat, Gemeinde, Gutsherren und Bänke. Wenn es nun heißt: „Jeder Preusse darf in Mecklenburg dasselbe Recht genießen“, so heißt das auf deutsch nicht anders, als er hat gar keine Rechte (Heiterkeit. Beifall.) Wir brauchen aber ein allgemeines deutsches Bürgerrecht, Freizügigkeit und Gewerbefreiheit. Keine Staats- und keine Kommunalbehörde, keine Zunft und keine Korporation darf das Recht haben, die Niederlassung, die Niederlassung, den Gewerbe- und Geschäftsbetrieb eines Deutschen zu hindern; das ist wahres deutsches Bürgerrecht. — Auf weitere Specialitäten will ich jetzt nicht eingehen; ich bitte, bei Berathung des Entwurfes die Interessen des Ganzen über die berechtigten oder unberechtigten Interessen der Einzelnen zu stellen, und den Vorwurf zu vermeiden, daß wir eine Nation sind, die wohl dichten und träumen kann, die aber, wenn das Glid die Stirn mit vollen wallenden Locken bietet, wartet, bis es vorbei ist und nichts mehr zeigt, als das kahle Hinterhaupt. (Beifall rechts.) Nach Schluß der Rede begibt sich Graf Bismarck zum Redner und unterhält sich längere Zeit mit denselben. Während der ganzen Rede herrschte im Hause die gespannteste Aufmerksamkeit.

Abg. Grotte wendet sich unter großer Unruhe gegen die Abgg. Vasker und Braun, beklagt, daß alle Verteidiger der Volksrechte diese im Stiche lassen um der sogenannten Einheit willen, zerlegt den Entwurf als absolutistisch und als Trennungsmittel vom Süden, kommt mehrmals auf die „Kühnheit“ des preussischen Ministerpräsidenten zu sprechen und auf die Galaxie des Abg. Miquel, wo die Reparatur der Maschine ebenso wichtig sein werde, wie die Einnahme von Kahlen.

Vorsitzender der Bundeskommission Graf v. Bismarck: Wenn ich in diesem Stadium das Wort ergreife, meine Herren, so ist es nicht meine Absicht, Sie nach dem Wunsche des Vorredners durch staatsmännische Kühnheit zu überraschen, sondern Sie im Gegenteil vor dieser Gefahr zu warnen; es kann auch nicht meine Absicht sein, Ihnen die fehlenden Motive für den Gesamtinhalt des Verfassungsentwurfes zu entwickeln, aus demselben Grunde nicht, aus dem Ihnen überhaupt keine vorgelegt wurden. Dieselben hätten zu umfassend sein müssen, es wäre ein Werk zu schreiben gewesen, zu dessen Abfassung eine Zeit von vier Wochen kaum zu lang gewesen wäre, wenn es sich einigermaßen auf der Höhe seiner Aufgabe hätte halten wollen. Wir hätten sodann die Motive der Versammlung der Kommission zur Annahme vorlegen müssen und wir würden, ich weiß nicht wie viel Zeit gebraucht haben, um sie zu beraten, mehr Zeit, als um sie auszuarbeiten; wir würden dann gewiß heute noch nicht hier vereint sein. Wir hätten in dieselben gewiß auch Dinge hineingebracht, die gar nicht bestritten werden; ich mache auf die Ausführungen der Herren Abgeordneten für Wiesbaden und Danabrad aufmerksam, die schon manche dieser Motive beigetragen haben. Meine Absicht ist es ebensowenig, der Specialdebatte hier vorzugreifen, sondern ich will nur wenige allgemeine Gesichtspunkte, die uns bei unserer Arbeit geleitet haben, Ihnen vorlegen.

Es hat nicht unsere Absicht sein können, ein theoretisches Ideal einer Verfassung herzustellen, die Einheit Deutschlands auf ewig mit staatlichen Formen zu versehen. Einen solchen Stein der Weisen zu entdecken, müssen wir der Zukunft überlassen; einer solchen Quadratur des Kreises um einige Dezimalstellen näher zu rücken, ist uns nie in den Sinn gekommen. Wir haben uns die Aufgabe gestellt, in richtiger Würdigung derjenigen Widerstandskräfte, an denen gleiche Bestrebungen in Frankfurt und Erfurt gescheitert sind, ein Minimum derjenigen Konzeptionen zu finden, welche die Sonder-Existenzen der Allgemeinheit machen müssen, wenn dieselbe lebensfähig sein soll. Ob das so herausgekomme Elaborat Verfassung heißt oder nicht, thut nichts zur Sache; die Bahn ist dann frei, und wir können zu dem Genius des deutschen Volkes das Vertrauen haben, daß es auf dieser Bahn den Weg zum Ziele finden wird. (Bravo.) Viele Wünsche, das gebe ich zu, bleiben allerdings unbefriedigt; ich begreife aber nicht, wie man, weil diese Wünsche unerfüllt geblieben sind, das Gebotene ablehnen kann und dabei doch behaupten, daß man das Zustandekommen einer Verfassung wolle. — Gegen den Entwurf selber sind nun Einwendungen von zwei Seiten laut geworden, von, ich möchte sagen, unitarischer sowohl, wie partikularistischer. Von ersterer Seite nun wendet man zunächst ein, daß man auch von diesem Entwurf die Herstellung eines verantwortlichen Ministeriums erwarten müsse. Ich frage, wer sollte dies Ministerium ernennen? Die Menge der Regierungen macht es unmöglich, derartige Forderungen zu erfüllen; die Regierungen aber auszuscheiden von der Herrschaft der Exekutive, ging ebensowenig an, es hätte dann eine einheitliche Spitze mit monarchischem Charakter errichtet werden müssen, und das wäre kein Bundesverhältnis mehr, sondern eine Mediatisierung, die von unseren Bundesgenossen weder bewilligt noch von uns erstritten worden ist. Wir glauben auch nicht, daß die jetzigen deutschen Fürsten bereit sein werden, ihre jetzige Stellung mit der eines englischen Königs zu vertauschen; wir haben ihnen auch diese Zustimmung weder gemacht, noch werden wir sie ihnen machen. Noch weniger aber kann ich es als unsere Aufgabe betrachten, auf die Uebermacht Preussens sich zu berufen, am

allerwenigsten gegen Bundesgenossen, die im Augenblick der Gefahr treu zu uns gestanden oder auf Grund geschlossener Verträge mit uns jetzt verbündet sind. Die Basis der neu zu schaffenden Verhältnisse kann und soll nicht anders sein, als das Vertrauen zur Vertragstreue Preussens.

Es ist auch angepielt auf die Erklärungen einiger Regierungen in dem Schlusprotokoll. Ich habe bedauert, daß die darin enthaltenen Auffassungen erst in dem Schlusprotokoll zu Tage getreten sind; wären diese Erklärungen früher gemacht worden, so hätte man wenigstens darüber urtheilen können, welche Aufnahme dieselben bei der Mehrzahl der Regierungen gefunden hätten. So aber kann ich dieselben nur als ein todttes Glaubensbekenntnis ohne Werththätigkeit auffassen. Bedenklicher sind die Einwendungen gegen den Verfassungsentwurf, die von partikularistischer Seite gemacht werden. Unter Partikularismus denkt man sich sonst einen widerstrebenden Dynasten oder einen Stand, eine Kaste, die sich der Herstellung gemeinsamer Einrichtungen aus Sonderinteressen entgegenstellt. Heute haben wir es mit einer neuen Species des Partikularismus, der parlamentarischen Species zu thun. Wie man früher sagte: „Die Welf! Die Wäbblingen!“ so heißt es heute: „Die Landtag! Die Reichstag!“ und man spricht von dem Rechte des preussischen Landtages zu den Resultaten hier später Klein zu sagen. Dies Recht hat jeder einzelne Landtag, bisher sind jedoch die Widerspruchrechte der übrigen Landtage auf dieser Tribüne nicht in der Weise angedeutet worden, wie gerade des preussischen. Und ein Vertreter einer Norddeutschen Politik begeistert sich plötzlich für die preussische Verfassung, während ein katholischer Priester dieselbe auf gleiche Höhe wie die Bibel stellt, wobei es mich allerdings überrascht hat, daß er die Wirkung davon durch eine scherzhafte Seitenwendung auf mich abgelenkt hat. Mit Bezug auf diese letztere habe ich nur zu erwidern, daß ich meinem Könige und dem Lande noch nie den Dienst versagt habe, daß ich ihn aber verlassen würde in dem von ihm angedeuteten Fall und daß ich es demjenigen überlassen würde, in diesem Chaos und Labyrinth sich zurechtzufinden, die dasselbe herbeigeführt haben.

Wenn von anderen Seiten, und zwar von solchen, die sonst in vielen Punkten gemeinschaftlicher Ansicht sind mit mir, und die wirklich das Zustandekommen der Sache wollen, dennoch der Satz aufgestellt ist, daß die preussische Verfassung über dem Reichstage stehe, wenn dieselbe schon jetzt vor diese Äpfel citirt wird, so hat mich ein demüthigendes Gefühl darüber beschlichen, daß die neuen Angehörigen unseres Staates so rasch ihre Illusion verlieren sollen; ich möchte doch die Herren, die so kurzweg das Wort hier aussprechen von der im preussischen Landtage zu erwartenden Verwerfung der Verfassung, ich möchte sie doch fragen, abgesehen von ihrer Legitimation, die schon gestern bezweifelt worden ist, was würden Sie sagen, wenn heute schon eine Regierung erklärte, im Falle diese oder jene Bestimmung aufgenommen werde, müsse sie sich gegen die ganze Verfassung erklären? Was würden Sie sagen, wenn ein Stand, eine Klasse dieselbe Erklärung abgab, wenn ein Mitglied der mecklenburgischen Ritterschaft erklärte, „wenn das und das geschieht, dann spielen wir nicht mit?“ Ich erinnere mich, daß, als in Frankfurt, und namentlich als in Erfurt das Verfassungswerk mißlag — hauptsächlich durch das Widerstreben von Sachsen und Hannover, die mehr Vertrauen zu Oesterreich als zu der preussischen Regierung hatten — ich erinnere mich noch sehr wohl, wie man gegen uns, die man die preussische Zunkerpartei nannte, die wir damals das Zustandekommen der Verfassung angeblich verhindert hatten, loszog, wie man uns Mangel an Vaterlandsliebe vorhielt und uns mit Schmähungen und Vorwürfen jeder Art überhäufte. Wenn das ältere Recht für den preussischen Landtag in Anspruch genommen wird, so unterschlagen Sie den Ernst der Situation. Glauben Sie wirklich, daß die großartigste Bewegung, die im vorigen Jahre die Völker zum Kampfe führte, zu dem eisernen Würfel, bei dem um Kaiser- und Kronskrone gekämpft wurde, daß die Abertaufende von dafür in den Tod geschickten Menschen, daß dies Alles mit einer bloßen Landtags-Resolution ad acta geschrieben werden könnte? Es liegt mir fern, eine Drohung auszusprechen, aber ich habe die sichere Ueberzeugung, kein deutscher Landtag würde einen solchen Beschluß fassen, wenn wir uns einigten. Ich möchte die Herren, die sich dies möglich denken, wohl sehen, was sie einem Invaliden antworten würden, der sie darüber befragte: „Ja freilich, aus der deutschen Einheit ist wieder nichts geworden, haben uns nicht sehr darum bemüht, ist ja so leicht zu haben, nächstes Mal holen wir sie uns; aber wir haben das Bürgerrecht des preussischen Staates gerettet, das Recht, die ganze Militärverfassung in Frage zu stellen, ein Recht, das wir zwar als gute Patrioten nie ausüben werden, aber es ist doch schön, das Recht zu besitzen.“ Meine Herren, das ist eine unmögliche Situation, und ich wende mich daher von solchen Phantastereien zu wirklichen Einwürfen.

Es ist in der Thronrede erklärt, und ich wiederhole es, wir halten des Wert der Verbesserung für fähig. Sie müssen doch die Regierung nicht im Verdacht haben, daß sie sich von der historischen konstitutionellen Entwicklung Deutschlands loslösen und den Parlamentarismus aufraumen wolle? Was hätten wir denn davon? Ist denn eine Regierung auf die Dauer denkbar, namentlich eine solche, die sich die Aufgabe gestellt hat, ein großes Werk zu begründen, können Sie sich denken, daß diese es sich nur zur systematischen Aufgabe stellt, die Rechte der Bevölkerung auf Teilnahme an ihren Angelegenheiten abzuschaffen, zu unterdrücken, in eine durchgreifende Reaktion sich einzulassen? Das können Sie von einer Dynastie, die in Preußen regiert, nicht erwarten, daß sie an ein nationales Werk mit dieser Heuchelei herantritt. Wir wollen daher den Grad von Freiheit, der mit der Sicherheit des Ganzen irgend verträglich ist und wollen diese in der Verfassung ausgesprochen wissen. Was nun das Militärbudget betrifft, so kann es nicht in unserer Pflicht liegen, dasselbe ganz dem Reichstage zu entziehen. Wir würden ein Budget der Gesamtausgaben, die militärischen nicht ausgeschlossen, dem Reichstage vorlegen, nur mit der Maßgabe, daß an den letzteren keine Ausstellungen gemacht würden, wenigstens nicht solche, die man nicht mit dem Bundesfeldherrn vereinbart. Namentlich gilt das für die nächste Zukunft; es muß wenigstens einen Zeitraum geben, in welchem die Existenz des Bundesheeres nicht von zufälligen Majoritäten abhängt. Und bei diesen würde ich weniger von dem Partikularismus fürchten als von der Vermischung von Grenzen parlamentarischer und fürstlicher Gewalt mit der deutschen, nationalen Frage und der Frage nach der Sicherheit der Grenzen, von dem Streben, die parlamentarische Gewalt gerade an der Armee üben zu wollen, während diesem Bedürfnisse doch mannigfache andere Forderungen entgegenstehen, während man doch namentlich bei Zöllen, bei Eisenbahn- und Telegraphenwesen es versuchen könnte, die Regierung lahm zu legen. Das wäre viel wirksamer, als wenn Sie sich gerade an die Armee machen; denn hier handelt es sich um die Sicherheit und Existenz des Landes und da ist die Regierung durchaus nicht in der Lage nachzugeben, wie sie es lange Jahre hindurch in Preußen bewiesen hat. Wenn der Bundesarmee die jetzige Basis in Frage gestellt werden sollte, so würde das auf mich, wenn ich ein Beispiel aus einer Vorfahrt wählen darf, die ich hatte, ehe ich mich der Politik widmete, denselben Eindruck machen, als wenn in einem Reichverbande alljährlich nach Kopfzahl darüber abgemittelt wird, ob die Deiche durchstochen werden sollen oder nicht. Jedenfalls brauchten wir in dieser Beziehung ein unaussetzbares Ueberwachungsstadium, und dieser Gedanke wird vielleicht auch einem großen Theile der strengeren Konstitutionellen zugehen.

Indem ich mich nun zu spezielleren Theilen, die heute monirt worden sind, wende, will ich damit verhindern, daß die Diskussion sich nicht öfter auf dies Gebiet beuge. Wenn Herr Waldeck sich lediglich von der Einsetzung eines verantwortlichen Ministeriums einen schnelleren Anschluß des Südens versprochen hat, so glaube ich im Gegentheil, wir können ihn nicht sicherer zurückschrecken, als gerade damit. Wer sind diese Südfürsten? Ihre Majestäten die Könige von Bayern und Württemberg. Und glauben Sie denn, daß diese sich durch eine solche Einrichtung besonders angezogen fühlen werden? Ich weiß das Gegenteil. Wir haben zunächst mit dem Süden die Gemeinschaft des Zollvereins zu erstreben, die augenblicklich in Folge der Bestimmungen des Nifolsburger Friedens gewissermaßen in der Luft schwebt. Ich denke mir, daß, sobald wir mit der Verfassung fertig sind, wir dem Süden den Vorschlag machen, zu Beratungen zusammenzutreten, um zu einem dauernden, unklügelbaren Zollverein zu gelangen. Das ist auch in den bezüglichen Artikeln des Entwurfes vorgesehen. Wir können aber nicht verlangen, daß die Süddeutschen, was wir in Zollfragen bestimmen, Alles ohne Weiteres annehmen. Soll der Zollverein in seinem bisherigen Umfange fortbestehen, so ist es ganz notwendig, daß eine Einrichtung geschaffen wird, in Folge derer der Süden an der Gesetzgebung desselben Theil nimmt. Hat man es sich gemeinschaftliche Organ der Gesetzgebung in Zollfragen, so wird sich dasselbe der Aufgabe nicht entziehen können, auch die meisten übrigen Titel der materiellen Entwicklung in der formellen Gesetzgebung allmählich sich anzuweisen und auch darüber gemeinsame Bestimmungen für ganz Deutschland herbeizuführen. Was ferner die Nachfrage betrifft, so halte ich die Vereinigung des Nordens und Südens für definitiv gesichert im Falle des Krieges. Der Norden wird dem Süden immer beistehen und eben so herrscht im Norden kein Zweifel darüber, daß wir auch des Widerstandes des Südens vollständig sicher sind. (Beifall.)

Sichtlich der erwähnten Reichsteuer bemerke ich, daß die Kontingentierung nach der Kopfzahl allerdings wenig empfehlenswerth ist. Auch die Ver-

handlungen der Regierungsvertreter unter einander haben das Bedürfnis einer Reichsteuer erwiesen. Wenn es hier gelingt, die Schwierigkeiten zu überwinden, zu deren Ueberwindung wir bisher keine Zeit hatten, wenn es gelingen sollte, eine solche Steuererhebung sofort in der Art auszuarbeiten, daß sie praktisch werden kann, so kann ich wohl sagen, daß sich bei den verbündeten Regierungen keine Schwierigkeit dagegen erheben wird. Ebenso hängt es mit der Freizügigkeit zusammen. Ich verweise auf den Entwurf, der speziell auf alle diese Gegenstände der Bundesgesetzgebung zuweist; ein Gleiches gilt von der Civilgesetzgebung, Hypothekenordnung u. dgl. Ebenso verweise ich hinsichtlich der Bundesanleihen auf Artikel 65 des Entwurfes. Wenn von einer anderen Seite vermischt wurde die Freiheit der Interpellationen, so glaube ich nicht, daß es bisher Jemandem in den Sinn gekommen ist, dieselbe für beschränkt zu halten; ebenso wie ich heute eine an mich gerichtete Interpellation beantworten würde, würden dieselben später beantwortet werden. Gleichfalls selbstverständlich scheint es, daß der Reichstag, wenn seine Zeit es ihm erlaubt, über Petitionen beraten könnte, die etwa an ihn gerichtet werden.

Meine Herren! Sie werden sämtliche Vertreter der Regierungen ebenso bereit finden, wie mich, über jeden einzelnen Punkt des Entwurfes motivierende Erklärungen zu geben. Ich glaube aber, daß dies wesentlich in die Spezial-Debatte hineingeht. Ich weiß nicht, ob ich während der Generaldiskussion noch einmal Veranlassung haben werde, das Wort zu nehmen; für den Augenblick kann ich nichts hinzufügen, als die Aufforderung: Arbeiten Sie rasch! meine Herren! helfen wir Deutschland in den Sattel, reiten wird es schon selbst können! (Beifall rechts.)

Abg. v. Gottberg (für die Vorlage) wünscht, daß die liberale Partei aus den Ereignissen eben so viel Erfahrungen geschöpft haben möge, wie die konservative, die den Entwurf annimmt, obwohl auch sie manches in ihm vermisst. Redner vermisst namentlich die Garantie, die in einem Oberhause und in dem absoluten Veto der Präsidialmacht liegen würde.

Abg. v. Münchhausen (gegen die Vorlage). Ich benutze die erste Gelegenheit, um ganz offen meine Stellung zu dem Entwurf zu kennzeichnen und auszusprechen, daß ich der Konfolidierung Norddeutschlands nicht im Prinzip entgegen bin. Geschehene Ereignisse sind nicht durch Proteste und Klagen auszulösen. Vor Allem nehme ich an, daß die Katastrophe von 1866 um jeden Preis für die Zukunft zu vermeiden ist. Der „Ueberfluth“ an Unabgängigkeit, der das deutsche Mittelalter charakterisirte, ist jetzt fast ganz verschwunden, nur so viel ist von ihm übrig, als dem Werth der Objekte entspricht, für die das Gefühl empfunden wird. Die Mängel des Entwurfes bestehen in der ungenügenden Begrenzung der Stellung der Centralgewalt zu den verbündeten Staaten, aus den Erschwerungen für den Eintritt anderer Staaten hervorgehen, die nicht unter dem Eindruck der vorjährigen Katastrophe, wie die jetzigen Verbündeten, den Eintritt in den Bund beschließen sollten. Denn ich denke nicht, daß unsere Aufgabe ein Norddeutscher Bund ist, sondern ein deutscher Bund, wobei ich natürlich nur das Gebiet des ehemaligen deutschen Bundes im Auge habe. Es fehlt ferner an verantwortlichen Bundesorganen. Von den Grundrechten rede ich nicht; für mich hat nur das eine Grundrecht hohe Bedeutung: das Recht des Volkes ein entscheidendes Wort bei Regelung seiner Angelegenheiten mitzusprechen, und ohne seine Anerkennung ist kein Bund denkbar. Ich halte das deutsche Volk nicht für reif dazu auch nur für gewisse Theile seines Staatslebens die absolute Herrschaft auf die Dauer zu übertragen. Ich verweise ferner den Schutz für die Einzelstaaten und das Korrektiv für die Präsidialmacht, damit der Süden zutrete. Der Boden der Thatfachen, auf den so oft gewiesen wird, ist ein sehr schwankender, wie der Boden der Meinung, die nicht auf Ueberzeugung beruht. Ein beredter Redner hat uns aufgefordert, statt der retrospektiven Kritik den Blick in die Zukunft zu lenken, aber er weist kein Gebäude auf die Lebensdauer eines Mannes an, und auf so schwankendem Boden soll die Verfassung des Bundes stehen! Vergessen Sie nicht, 1/3 der dem preussischen Scepter Unterworfenen lebt jetzt ohne Verfassung, darunter die Hannoveraner, bei denen die Sanhabung des Reiches ohne Anwendung faktischer Gewalt so tief wurzelt, wie kaum bei einem andern deutschen Stamm. Ihre Abneigung gegen die Annexion zeigte sich sofort und gründete sich auf Besorgnisse, die durch die Thatfachen noch übertrieben wurden. (Unruhe. Ruf: zur Sache!) Da ich mein Urtheil über den Entwurf und die Zukunft des Bundes auf die Gegenwart begründe, so gehört die Darstellung derselben zur Sache.

Präsident Simon: Ich werde den Redner nicht unterbrechen. Einmal ist er der Mitgliedschaft mit unserem Staat erst seit kurzer Zeit theilhaftig, so dann liegt noch eine besondere Rücksicht vor. Die preussische Verwaltung in Hannover mag, wie alles Menschliche, nicht vollkommen sein, aber sie hat die Diskussion in diesem Hause nicht zu scheuen. (Aufstimmung.)

Abg. v. Münchhausen fährt fort und giebt eine ausführliche Darstellung der Beschwerden der Hannoveraner über den Rechtszustand, unter dem sie sich befinden, über die Einsetzung eines Militärgouvernements, die Abführungen nach Minden, die Maßregeln gegen die Presse, die Beeinflussung der Wahlen, die Verlegung der Kapitulation von Langensalza, im Widerspruch mit welcher Privateigenthum des Königs Georg, Mobilien, Jagdgewehre u. s. w. mit Beschlagnahme belegt seien, die Verhaftung des Majors v. Trend und die Erbrechtung eines durch ihn von König Georg an die Königin Marie überbrachten Schreibens. Dann fährt er fort: Ich frage jeden Preußen, jeden Deutschen, ob das die wohlwollende Absicht Sr. Majestät des Königs sein kann? Diese Thatfachen lassen die Wiederkehr einer Katastrophe wie die von 1866 befürchten. Schutz könnte nur ein Bundesgericht gewähren, das, wenn ihm auch die Exekutive fehle, immer doch daran erinnern würde, was Rechtens sein sollte. Der Militäretat des Bundes ist zu theuer, ein solcher Seeresstand in der Mitte Europas würde seinen Frieden bedrohen. Die Ablehnung des Entwurfes würde ein politischer Fehler sein, auch dieser Versuch muß gemacht werden, bis alle erschöpft sind. Minerva soll gewappnet aus einem göttlichen Haupt entspringen sein. Auf Erden habe ich sie noch nicht gesehen, und der Entwurf ist nicht ihr Werk. Wenigstens fehlt an der vollen Rüstung des Bundes noch manche wichtige Schiene. (Beifall und Wischen. Präsident Simon mahnt von dem Bischen ab.)

Vorsitzender der Bundeskommission Graf v. Bismarck: Ich hege die tiefste Sympathie für den Ausbruch loyaler Anhänglichkeit auch an eine gefallene Dynastie und für einen Volksstamm, der uns so nahe steht und dessen Waffen so oft glorreich verbunden mit den unsrigen gekämpft haben. Aber ich hätte gewünscht, daß der Ausdruck dieser Gefühle sich fern gehalten von Anklagen gegen die königliche Regierung und mich der undankbaren Aufgaben überhoben, unrichtige Auffassungen zu widerlegen und entstellte Thatfachen zu berichtigen. Vor Allem weise ich die Behauptung, daß die königliche Regierung die Kapitulation von Langensalza gebrochen, als eine unwürdige Verläumdung zurück. (Beifall rechts.) Die Personen, welche sie geschlossen haben, hatten keinen anderen Auftrag, als ein Abkommen für die Dauer des Krieges zu treffen und das für den Privatbesitz des Königs Georg gemachte Zugeständnis bezog sich nur konnte sich nur beziehen auf das Privateigenthum, das er im Lager bei sich führte, nicht auf sein Privateigenthum überhaupt, das noch im Lande ist und über das auch jetzt noch nicht verhandelt werden kann, da er sich auch jetzt noch nicht dazu bequemen will, mit Preußen Frieden zu schließen. Jede andere Auffassung der Sache würde eine sophistische und advokatische sein. Ich wundere mich um so mehr, daß der Herr Vorredner sie und andere Irrthümer theilt, als er sich seit Wochen hier aufhält und ihm meine Thür täglich offen steht, um sich die Kenntnis des wahren Sachverhalts zu verschaffen. Daß Ihre Majestät, die Königin Marie, sich noch auf preussischem Boden aufhält, beweist am Besten, wie groß ihr Vertrauen zur preussischen Regierung ist. Aber wenn ich es auch bewundere, daß sie sich noch auf der Marienburg aufhält, obwohl ihr Gemahl seinen Frieden mit Preußen nicht geschlossen hat, so kann die königliche Regierung doch nicht zulassen, daß dieser Aufenthalt zum Centrum von Agitationen werde, welche die Ruhe und Ordnung in unserem Lande gefährden. Es ist wahr, der Major v. Trend ist vor den Augen der Königin verhaftet worden, aber wenn sie das nicht mit ansehn will, so muß sie nicht in der Marienburg wohnen. Der Major wußte, daß auf ihn vigilirt werde und hatte sich daher der sonstigen Schriften, die er bei sich führte, vorher entledigt. Es kommen ja von Hiesigen Proklamationen u. agitrende Schriften im Styl des „Württembergischen Beobachters“ genug nach Hannover, um eine solche Maßregel zur Pflicht zu machen. Die Thatfache, daß ein Privatbrief erbrochen wurde, ist gegen den Willen meines königlichen Herren geschehen, der auch befohlen hat, sein Bedauern darüber auszusprechen. So etwas kann durch Versehen vorkommen. Daß es nicht in unserer Gewohnheit liegt, beweist der fortwährende Aufenthalt der Königin Marie auf preussischem Boden. Ich beweise auch nicht die Unklarheit, die in Beschwerden über verletzte Rechte und verletzte Verfassung ausbricht. Hannover steht unter absoluter Herrschaft bis zum 1. Oktober, mit diesem Tage tritt es in das Verfassungsleben des preussischen Staates und den Genuß der seinen Staatsbürgern zustehenden verfassungsmäßigen Rechte ein. Daß die Sache so gekommen ist, daß eine hundertjährige Verbindung mit einem Staate, dessen Bewohner uns so innig verwandt sind, so gewaltsam gerissen werden mußte, bedauert Niemand lebhafter als ich. Wie oft habe ich dem Grafen Platen gesagt: wenn Sie (Fortsetzung in der Beilage.)

Die „Ueberlandpost“ bringt ausführliche Berichte über die furchtbare Pulverexplosion, durch welche am 17. Januar im Hafen von Hongkong der Hülfsdampfer „Themis“ in Stücke zertrümmert wurde. Aus Hongkong, 26. Januar, schreibt man der „Wes. Z.“: Auf telegraphischem Wege wird Ihnen der Verlust des Bremer Dampfers „Themis“ bereits bekannt sein, und wir benutzen diese Gelegenheit, Ihnen einige nähere Mittheilungen über dieses so überaus traurige Ereigniß zu machen, um entstellten Berichten zuvorzukommen. Die „Themis“ segelte im November von hier

mit einer Ladung Zucker, Stückerzeugen und einer Quantität Pulver, das einem hiesigen russischen Hause gehörte, nach Sanghae, kam aber in Folge sehr heftiger Stürme, durch die das Schiff Schaden erlitten hatte und led geworden war, aus See zurück. Nach der Rückkehr mußte das Schiff auf Ordre des hiesigen Besichtigers gelöscht und legte zu dem Zwecke auf Ordre des Hafenmeisters, dem genaue Mittheilung gemacht war, in die Nähe des Pulverschiffes „Zephyr“, welches seit einiger Zeit unter Aufsicht der Polizei ca. drei englische Meilen von Hongkong liegt, um das Pulver auszuladen. Nachdem dies geschehen, kam die „Themis“ in den Hafen, der Rest der Ladung wurde gelandet, das Schiff reparirte und nahm die Ladung wieder ein. Kapitän Börmann machte darauf wieder Anzeige beim Hafenmeister und legte dann an Seite der „Zephyr“, um auch das Pulver wieder an Bord zu nehmen. Am 17. d. um 1/2 Uhr Nachmittags wurde Hongkong durch einen furchtbaren Knall mit heftigem Luftdruck erschreckt. In den meisten Häusern wurden die Fenster zertrümmert, glücklicher Weise litt die Stadt jedoch keinen weiteren Schaden. Zugleich sah man eine ungeheure Dampf- und Rauchwolke in der Richtung, wo die „Zephyr“ und „Themis“ lagen, aufsteigen. Die ersten Bote, die auf dem Plage ankamen, fanden nichts mehr von den Schiffen, als Trümmer, die das Wasser im weiten Umkreise bedeckten. Stöße von dicken Ketten sollen, weit ins Land geschleudert, aufgefunden sein. Die Mannschaft der „Themis“ bestand aus 7 Europäern, außerdem waren 8 Chinesen an Bord; auf der „Zephyr“ befanden sich 2 Europäer und circa 15 Chinesen, von allen diesen ist Niemand am Leben geblieben. An der Seite der Schiffe lagen einige Bote, die gleichfalls gänzlich vernichtet sind. Wie das Unglück entstanden ist, wird natürlich für immer ein Geheimniß bleiben. Kapitän Börmann von der „Themis“ verdankt seine Rettung dem Umstände, daß er auf dem Wege nach seinem Schiffe bei der „Heloetta“ vorbeiging und dort aufgefunden wurde. Er hat eidlös ausgesagt, daß, als er Morgens 9 1/2 Uhr das Schiff verließ, er sich selbst überzeugt habe, daß kein Feuer an Bord gewesen sei, und daß er seinen Leuten die strengste Vorsicht empfohlen habe. An Bord der „Zephyr“ befanden sich ca. 320,000 Pfund Pulver und eine Menge sonstiger Munition.

Ein anderer Korrespondent schreibt: Von beiden Schiffen ist kaum ein Stück über 3 Fuß lang übrig geblieben. Die „Themis“ hatte Sandelholz geladen; ich sah Stücke von 6 Zoll Durchmesser, die in der Länge von 7 Zoll an beiden Enden stumpf abgebrochen waren. Der Mast des Schiffes war wie ein Zuckerrohr in Segeln zerbrochen. Die Deutschen veranlaßten hier für die Hinterbliebenen eine Sammlung. Von Deutschen scheint nur einer aus der Gegend von Bremen, Vater von vier Kindern, umgekommen zu sein. Die übrige europäische Mannschaft bestand aus Schweben und Dänen.

Der „Hongkong Herald“ berichtet über den Vorfall: Wahrscheinlich sind 30 bis 40 Personen der Katastrophe zum Opfer gefallen. Die Stadt Hongkong wurde wie von einem Erdbeben erschüttert, Fenster eingedrückt, manche Häusern ausser Acht, Glas in ungeheurer Masse zertrümmert. Die „Zephyr“ war ein altes, verfallenes Schiff und lag am Kowloon-Ufer in der Nähe der Polizeistation. An Bord befanden sich nur zwei Europäer, außerdem vier Chinesen. Am Hintertheile lag ein Sampan, wo das Essen gekocht wurde. Am Tage des Unglücks waren übrigens noch einige zwanzig Kulis mit Ueberladen des Pulvers beschäftigt, von allen diesen sind nur vier verkohlte Leichen aufgefunden. Gleich nach der Explosion eilten von allen Seiten Bote, zuerst von den Kriegsschiffen herbei, fanden jedoch an Ort und Stelle nichts, als eine aufgeregte See voll kleiner Stücke verkohlten Holzes; von Hongkong kamen alle nur brauchbaren Fahrzeuge herbei und die Unglücksstätte war bald mit Ruderbooten und Gigs aller Art bedeckt, doch fehlten die meisten Besucher nach kurzem Aufenthalt wieder zurück und überließen es der Polizei, nach den Leichen zu suchen. Von Lebenden dürfte man Angesichts der enormen in beiden Schiffen aufgehäuften Masse Pulver, das explodirte, Niemand zu finden hoffen. Genau wird die Zahl der Umgekommenen schwerlich je zu ermitteln sein. Das Dorf Ya-mah-tee, das dem Unglücksplatz gegenüber liegt, soll stark gelitten haben und von den Bewohnern viele durch die niederfallenden Trümmer verwundet sein, die Hügel an der Kowloon Seite sind mit Stücken Eisen, hineingefallen Kleidern u. bedeckt. Ein Stück der Unterseite und des Mastes sollen 1/2 Meilen vom Ufer gefunden sein. Dreißig engl. Meilen oberhalb Hongkong bei Wuschau wurde der Donner gehört.

Vermischtes.

* In einem Städtchen in Westpreußen hat sich ein ehemaliger Klosterbruder damit befaßt, russische Fünfrubelscheine nachzumachen. Es ist ihm dies auch wirklich, wenn auch nur sehr schlecht, gelungen. Trotzdem hatte er die Herausgabe derselben versucht, wurde aber hierbei erfaßt und sind denn auch bei einer bei ihm vorgenommenen Hausdurchsuchung eine Menge Gegenstände, Karten u. mit Beschriftung belegt worden, die darauf hindeuten lassen, daß er sie zur Anfertigung seiner Fünfrubelscheine benutzt hat. (Ger. Stg.)

* Nach einer Mittheilung aus Paris ist beschloffen worden, die Beschickung der Thier-Ausstellung dadurch zu erleichtern, daß zunächst freie Ställe für die Schutzhühner gewährt werden und dann auch Auktionen der Thiere veranstaltet werden, wobei es natürlich den Besitzern überlassen bleibt, ob sie ihr Vieh verkaufen wollen oder nicht. Es würden also jetzt die Viehhaussteller nur noch die ermäßigten Transportkosten zu tragen haben.

* Aus dem Kreise Woschach in Baden meldet die „Heidelb. Stg.“ ein Kuriosum aus dem Orte B., wie sich wohl noch keines in der Welt zugetragen hat. Freiherr v. E. verfiel dafelbst schon seit vielen Jahren den Todsünden der Gräberdiener; Graf v. B. wurde in neuester Zeit als Feldhüter verpflichtet und ein pensionirter Schullehrer K. des Kirchspiels hat das gräfliche Palais mit zugehörigen Gütern um eine schöne Summe angekauft.

* London. [Der „Great Eastern“] hat seine Ausbesserung in

Liverpool überstanden und liegt bereit, nach New York, seinem Bestimmungs-ort, abzugehen und seinen Dienst, als Vermittler der Völkerwanderung nach Paris, während der nächsten Monate anzutreten. Das Schiff kann in seinem gegenwärtigen Zustande 3000 Passagiere aufnehmen. Die Salondäume sind bedeutend erweitert. Der Decksaal ist ein prächtiges Gemach, 140 Fuß lang und 24 Fuß breit, in dem fünfhundert Personen zu gleicher Zeit ihr Mittagsspeisen einnehmen können. Außerdem giebt es noch verschiedene kleinere Salons, so daß im Ganzen 2000 Personen zugleich speisen können. Die Dekorationen sind in der reichsten und geschmackvollsten Weise ausgeführt und soll, nach einem allgemeinen Anschlage, das ganze Reparaturwerk einen Kostenaufwand von ca. 100,000 Pfd. St. verschlingen. Die Abreise des Dampfers nach New York ist auf den 20. bestimmt.

* Athen. [Eine Kriegesliste.] Der Sémaphore de Marseille erzählt die von dem „Panhellenion“ angewendete Kriegesliste, um den Türken zu entkommen, in nachstehender Weise: Der „Panhellenion“ ward von 2 türkischen Fregatten verfolgt wegen seiner Ladung von Munition und Lebensmitteln für die freieschwebenden Aufständischen, und war genöthigt, sich in den Hafen von Cerigo zu flüchten, wohin ihm die beiden Schiffe der ottomanischen Marine folgten und ihn nicht aus dem Auge verloren. Der kleine Dampfer befand sich folgenderweise der That nach gefangen. Und doch sollte er sich um jeden Preis nach Candia begeben, wo seine Ankunft mit Ungeduld erwartet wurde. Glücklicherweise ist der Capitän des „Panhellenion“ ein Nachkomme des finnischen Ulfes. Er brachte feuchtes Heu in seine Dampfmaschine und zündete es an. Ein ungeheurer Rauchqualm stieg aus seinem Kamin auf; als dies die türkischen Fregatten sahen, schickten sie sich an, Jagd auf ihn zu machen und heizten. Der „Panhellenion“ hüthete sich wohl, von der Stelle zu gehen, aber er fuhr fort, feuchtes Heu und Stroh zu verbrennen, und die Türken ihre Dampfmaschinen zu heizen. Das dauerte drei Nächte und zwei Tage so fort, nach deren Verlauf der Steintohlenvorrath auf den türkischen Schiffen erschöpft war, daher sie aufhören mußten, zu heizen. Jetzt ließ der Kommandant des „Panhellenion“ endlich heizen, hitzte seine Flagge auf und segelte zwischen den beiden Fregatten hindurch, die nicht im Stande waren, ihn zu verfolgen. Am andern Tage setzte der „Panhellenion“ seine Ladung in Kandia ans Land, und man erfährt jetzt aus Briefen von da, daß er wohlhalten in den Hafen von Syra heimgekehrt ist.

Nachtrag.

Berlin, 11. März, Abends. Zur königlichen Tafel waren heute unter andern der Herzog von Ujest, Bennigsen, Roggenbach, Rothschild und Münchhausen geladen. — Baumstark und vom Rath sind der Fraktion des Centrums beigetreten. (Tel. Dep. der Schles. Stg.)

Der Kräuter-Parabalsam
Esprit des cheveux, von den Erfindern Dutier & Co. in Berlin fabricirt, hat wahrhaft staunenswerthe Erfolge erzielt. Nach den Berichten und Empfehlungen, welche wir eingesehen, verhindert dieser Balsam das Ausfallen der Haare sofort und erzeugt in Wirklichkeit auf kahlen Stellen des Kopfes neuen dichten Haarwuchs. Allen diese Noth, welche daran leiden, zur Beachtung.
Depot bei **Herrmann Moegelin** in Posen, Bergstraße Nr. 9.

Schutz gegen Menschenpocken.

Es dürfte für unsere Leser nicht ohne Interesse sein, zu erfahren, daß das von Herrn **Dr. Pissin** zu Berlin seit 2 Jahren eingerichtete Impfungs-Institut, wo die Lympe direkt von Kühen genommen wird, fortgesetzt in Kraft ist und daß derselbe jetzt im Stande ist, das Haarröhrchen für 1 Person zu 20 Sgr. zu versenden. Der Vorzug dieser Lympe besteht in dem größeren Schutz gegen Menschenpocken und in der Unmöglichkeit, menschliche Krankheitsstoffe mit einzupumpen. Die Genantheit der Lympe wird durch Impfung von Thier zu Thier aufrecht erhalten, was selbstverständlich bei jeder nur ein Mal möglich ist.

Aus der Angst vor Erstickung zur Athemsfreiheit.

Wer in Lebensnoth um Hülfe fleht und sie dann unerwartet findet, wird der nicht seinen Helfer einen Engel nennen? — Wohl, dann ist auch jenes Heilmittel als ein auserwähltes Werkzeug des Höchsten anzusehen, das Entervoren Störung und Kranken Genesung zuführt, wenn auch immerhin unter der Mitwirkung der zur Heilung berufenen Aerzte; wir meinen jenes Malzfabrikat des Hoflieferanten Herrn Johann Hoff in Berlin, Neue Wilhelmstraße Nr. 1., das an hohen Höfen ebenso als vortrefflich wirkend bekannt, wie in der bürgerlichen Haushaltung oft als unentbehrlich bezeichnet wird, das hiesige Malzextrakt-Gesundheitsbier, dem in gleich hoher sanitätlicher Bedeutung die Malzgesundheits-Chokolade, das Chokoladenpulver, der Brustmalzextrakt und die schleimlösenden Brustmalzbombons zur Seite stehen, und in externo auch das Bädermalz. Doch lassen wir die Thatsachen sprechen, welche auch in folgenden Briefen deponirt sind. Berlin, 14. November 1866. Nicht genug kann ich E. W. für ihren heilsamen Malzextrakt danken, denn seit 6 Jahren leide ich an einem schrecklichen Husten, aber alle angewandten Mittel blieben

ohne Erfolg und ich wurde so elend, daß ich nur im Bett liegen konnte, und ich jede Minute zu ersticken glaubte, denn der Schleim kochte mir schon hörbar auf der Brust. Da wurde mir das erste Glas warmer Malzextrakt gereicht, und, o Gott! nach einer Stunde löste sich der Schleim und ich konnte zum ersten Mal wieder ruhig schlafen. Möchte doch allen meinen leidenden Mitmenschen ebenso durch Ihr heilsames Fabrikat geholfen werden, wie mir. Ich bitte, mir (neue Sendung) zu. Verwittw. Premier-Lieutenant **v. Markowski**, Tel. towerstraße Nr. 14.

Regelt hin, 20. November 1866. Da Ihre Malz-Gesundheits-Chokolade, so wie Bonbons, bereits einen so großen Ruf haben, so (wird Sendung begehrt). **v. Winterfeldt**. Mehrliche Bestellungen auf Malz-Gesundheits-Chokolade u. c. — und theilweise mit langen Lobeserhebungen begleitet — von Herrn Grafen **v. d. Recke-Volmerstein** in Graßnig (15. Nov. 66), Frau von **Jaczynska** in Bromberg (16. Nov. 66), Herrn Hauptmann **von Arnim** in Straßburg (17. Nov. 66). Wohlan, 30. November 1866. Es ist meiner Mutter ihrer geschwächten Gesundheit wegen ärztlich der Gebrauch Ihrer berühmten Malz-Chokolade anempfohlen worden (Bestellung). **Marie Hurbach**. — Nicht der Fabrikant ist es, der das hiesige Malzextrakt-Gesundheitsbier, die Malz-Gesundheits-Chokolade u. s. w. erhebt, sondern das Publikum, das nur von dem guten Geschmack, der guten Wirkung allein zu solchen Rundgebungen geleitet wird, und das ist maßgebend und ehrt das Fabrikat der deutschen Industrie.

Von den weltberühmten patentirten und von Kaisern und Königen anerkannten **Johann Hoff'schen Malzfabrikaten**: **Malz-Extrakt-Gesundheitsbier**, **Malz-Gesundheits-Chokolade**, **Malz-Gesundheits-Chokoladen-Pulver**, **Brustmalz-Extrakt**, **Bonbons**, **Bädermalz** u. c., halten stets Lager in **Posen** die Herren **Gebr. Plessner**, Markt 11., General-Niederlage, und **Herrmann Dietz**, Wilhelmstraße 26.; in **Wronow** Herr **Th. Wohlgenuth**; in **Neutomysl** Herr **Ernst Tepper**.

Angelkommene Fremde

vom 12. März.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Kaufleute Kobylinski aus Breslau, Buchs aus Köln, Boch aus Paris und Löwinson aus Elbing, die Rittergutsbesitzer v. Treskow aus Radziejewo, v. Treskow aus Ominsk, v. Treskow aus Unimkowo, Graf Arco aus Wronczyn, Jacoby aus Trzcianna, Scholz aus Bythin, Major a. D. v. Tiegen aus Bunzlau, Vertheilungs-Inspektor Klipfel aus Magdeburg.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Gutsbesitzer Wille aus Starnitz, Kaufmann Kayser aus Stettin, Inspektor Wandler aus Berlin, Ober-Postkommiss. Gramsch nebst Familie aus Reichenbach i. Schl., Deputationsräthe und Dekonom Kiersten aus Strachwalde.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Lewy aus Paris, Stohmann aus Elberfeld, Müller aus Freiburg, Schmölz aus Pforzheim, Huber aus Hanau, Kied aus Breslau und Fischer aus Berlin, die Rittergutsbesitzer v. Kempelhoff aus Dombrowa, Materne aus Schwabowo und Koblack nebst Tochter aus Dobra.

SCHWARZER ADLER. Gutsbesitzerin Frau v. Moszczenska nebst Tochter aus Tarnowo, Kaufmann v. Sancerzowski aus Radziejewo.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Rittergutsbesitzer v. Sancerzowski aus Polen, Kaufmann Cretius aus Breslau, Kommerzienrath Springer aus Ebnitz, Kommissionsrath Höft aus Dresden, Dekonom v. Mantkowski aus Witthausen, Rentier Marioni aus Mailand.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer v. Wierski aus Siernitz, Graf Mielicki nebst Frau aus Kobylepole, v. Strzyblewski nebst Frau aus Borowo, v. Moszczenska aus Koszujstowo, v. Traczynski aus Polwie, Frau v. Wolanska aus Barbo, v. Suchorzewski aus Tarnowo, v. Parczewski aus Kostryn und Island nebst Frau aus Chlebowo.

HOTEL DU NORD. Rittergutsbesitzer v. Wolniewicz aus Dembicz, Probst Kurowski aus Kamieniec.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Rösch aus Eterow und Gebr. Silberstein aus Santomysl, Rittergutsbesitzer Müller aus Dzielowice, Landwirth Schindowski aus Niepruszewo, Gutsbesitzer v. Nawrocki aus Urbanie, Wäldenbesitzer Hennig aus Ruda-Wägle.

BAZAR. Die Gutsbesitzer Graf Kwieciński aus Kwieciński, Przyluski aus Vagiewnit, Sancerzowski aus Turowo und Blochowski aus Przecław.

HOTEL DE PARIS. Gutsbesitzer Budziszewski aus Kijazki, Hauslehrer Czelusinski aus Slawno, Partikulier Palecki aus Thorn, Probst Kubiacki aus Kijstowo, Agronom Kurowski aus Witawowice, Rentier Wilargowski aus Bromberg.

KEILER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF. Wirthschafts-Inspektor Nowicki aus Chlapowo, Konditor Wendtner aus Gnesen, die Kaufleute Herzfeld aus Grätz, Kunz aus Kions, Prinz nebst Frau aus Santomysl, Chrinte aus Pafenalt.

DREI LILLEN. Die Gutsbesitzer Busse aus Siertowko und Sommerfeld aus Radom, Wirthschafts-Inspektor Karolewski aus Chobienice, Kassirer Sajewski aus Wognit.

EICHNER BORN. Die Kaufleute Romann aus Kobylin, Byd aus Krotoschin, Käufer aus Schroda und Wolfohn aus Konin, Wirthschafts-Inspektor v. Bort aus Posen.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Pfänder-Auslösung und Versteigerung.

Sonnabend den 27. April d. J. ist der letzte Termin zur Auslösung der vom 2. Oktober 1865 bis ultimo März 1866 verpfändeten Pfänder, und zwar von:

Nr. 16,803. bis 19,359. und von Nr. 1. bis incl. 2820.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags ausgelöst werden.

Hierauf

Montag den 29. April d. J.

öffentliche Versteigerung im Lokale der Pfandleih-Anstalt, Schulstraße Nr. 10.

Posen, den 24. Januar 1867.

Der Magistrat.

Unsere Stadt hat gegenwärtig nur einen Arzt, indem der Dr. v. **Jeleski** den hiesigen Ort Familienverhältnisse wegen plötzlich verlassen hat. Da hierorts 2 auch 3 Aerzte ihre Exzellenz hatten, so wird allgemein gewünscht, daß sich ein zweiter Arzt hier selbst recht bald niederlasse.

Trzemieszno, den 23. Februar 1867.

Der Magistrat.

Ein Fohlen, 4 Wochen alt, steht im Artillerie-Stall große Ritterstraße täglich 12 Uhr Mittags zum Verkauf.

Das Kommando

der 6. Artill. Batterie Niederschles. Feld-Artillerie-Regiments Nr. 5.

Die Korrekions-Anstalt zu Kosten verkauft am 2. April c. Vorm. 11 Uhr an den Meistbietenden eine Orgel, bestehend aus 4 Registern mit einer 4-octavigen Manual-Klavatur und einem

Pedal-Register. Der Zuschlag ist der königl. Regierung vorbehalten.

Kosten, den 9. März 1867.

Die Direktion der Korrekions-Anstalt.

Eltern, welche ihre Söhne zu Oftern auf eine hiesige Schule schicken wollen, kann ich ein gutes Unterkommen für dieselben empfehlen.

Rinke, Kr.-Sehr., Halldorfstr. 16 b.

Heilung von Syphilis und Hautkrankheiten.

Dr. **Holzmann**,

große Gerberstraße Nr. 33.

Zum Verkauf

mehrere 1000 Stück Obstbäume in vielen Sorten, als Apfel- und Birnenbäume, 7 bis 8 Fuß bis zur Krone, a Schoß 15 bis 18 Zhr., Pflaumenbäume desgl. a Schoß 10 bis 12 Zhr., Futter-Runkelrüben, lange, über die Erde wachsend, a Pfund 8 Sgr., Futter-Runkelrüben (Bohl's Riesen-Runkelrüben) a Pfund 10 Sgr., Futter-Möhren, weiße grünlöpfige Ähren a Pf. 10 Sgr., sowie Garten- und Gemüse-Sämereien. Für die Echtheit und Reinfähigkeit garantire ich.

C. Menke,

Kunstgärtner in Bogdanowo bei Dobornit.

Frisch gebrannten

Rüdersdorfer Steinkalk,

a Tonne 1 Zhr. 15 Sgr. ab Ofen, empfiehlt

Franz Kamberger,

in Großdorf bei Birnbaum.

17 Mastochsen und 100 Stück

Masthammel stehen auf unterzeich-

netem Dominium zum Verkauf.

Wulka bei Strzalkowo.

Eichen.

Ein Bestand von circa 12 Morgen

sechzigjähriger Eichen, unmittelbar an

der Chaussee von Rawicz nach Wojanowo gelegen, ist zu verkaufen.

Dom. **Dombrowka** bei Rawicz.

13 Stück kernfette Ochsen und

4 Stück fett gemästete Kühe

stehen auf dem Dominium **Trzuskotowo**

bei Wurm. Goslin zum Verkauf.

Dom. **Polakowicz** bei Pudemitz hat

200 Scheffel kleine Saatlinnen zum

Verkauf.

80 fette Hammel

stehen zum Verkauf auf dem Dom. **Karzewo**

11. bei Witkowo.

Rohe und gebleichte

Estremadura,

Best Secunda v. Green Tie,

Imitation of Merino, Vig-

nia u. Wolgarne, gut sortirt und zu

ermäßigten Preisen. sowie Befassungen,

Kleiderknöpfe, Gürtelschlösser, Einsied-

tämme u. s. w. empfiehlt

Ludwig Dreyzehner,

Friedrichstraße 12.,

vis-à-vis dem Capitelaplag.

Auswärtige Aufträge werden prompt ausge-

führt.

Zwei gute Drehrollen

sind Thorstraße Nr. 6. wegen Bau billig zu ver-

kaufen.

Ein fast noch neues „Kühlfäß“

ist zu verkaufen in Posen Breitestraße 17.

Militair-Effekten.

A. Cohn, Markt 64.,

empfehlte eine große Auswahl von fertigen Militair-Anzügen aller Art. Dieselben werden von dem größten Berliner Militair-Werkführer sauber und vorchriftsmäßig ausgeführt.

Bestellungen werden laut Maaf von dem besten niederländischen Tuch oder Duffel zu den

billigsten Preisen geliefert.

A. Cohn, Markt 64.,

Militair-Effekten- und Herren-Garderoben-Handlung.

Die Modewaarenhandlung von **S. H. Korach**, Neust. Nr. 4., empfing

neue Zufuhren von Nouveautés in

Kleiderstoffen, französische und Lyoner

Long-Chawls, Portièren u. Möbel-

stoffe, Plüsch, Teppiche, Gardinen

u. in größter und geschmackvollster Aus-

wahl, zu den billigsten Preisen.

Neust. Nr. 4. **S. H. Korach.**

20 bis 25 eichne Blöcke, geschnitten in

2zöllige Bohlen sind zum Verkauf beim Wäldter-

gefallen **Joseph Posteczek**, Wall-

schel Nr. 11.

Meinen geehrten Kunden und Publikum die

ergebene Anzeige,

daß meine Holzniederlage von der Ueber-

schnemmung wieder frei ist

und empfehle meinen bedeutenden Vorrath von

Bauholz, trockenen Brettern und Bohlen zu den

solidesten Preisen.

G. Silberstein.

Lympe, direkt von der Kuh,

das Haarröhrchen für eine Person 20 Sgr.

Berlin, Schiffbauerdamm 33. Dr. **Pissin.**

Große schöne türk. Pflaumen a Pfund

4 Sgr., 8 Pfund für 1 Zhr. Prima feinsten

Zuckerhup a 4 Sgr., 8 Pf. für 1 Zhr.

M. Rosenstein,

Wasserstraße Nr. 7.

Um Ratten und Mäuse, selbst

wenn solche noch so massenhaft vorhanden

sind, sofort spurlos zu vertilgen, offerire

ich meine giftfreien Präparate in Schach-

keln zum Preise von 15 Sgr., welche den in die-

ser Beziehung so oft und derb getriebenen Pre-

leren jetzt nummehr „für immer“ ein gewisses

Ziel setzen.

E. Sonntag,

Artanist und Chemiker in Weichselmünde.

N. B. Alleingiges Depot für Posen und Um-

gebung bei

Herrmann Moegelin,

Bergstraße Nr. 9.

Avis für Raucher.

Flor Fina Rthlr. 16 pr. Mille,

Casoba „ 20 „

Principe de Gales „ 20 „

Higuera „ 25 „

Siesta „ 30 „

ist wieder in guter Qualität vorrätig.

Als neu empfehle sehr preiswerth

